

Auerthal-Zeitung.

Lokalblatt für Aue, Auerhammer, Belle-Klosterlein, Nieder- u. Oberpfannenstiel u. Umgegend.

Ercheint
Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Abonnementpreis
inkl. der 3 wertvollen Beilagen vierteljährlich
mit Bringerlohn 1 M. 20 Pf.
d. h. die Post 1 M. 25 Pf.

Mit: Deutschem Familienblatt, Gute Geister, Zeitspiegel.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Hegemeister in Aue (Erzgebirge).
Redaktion u. Expedition: Aue, Marktstraße.

Inserate
die einpaltige Corpustelle 10 Pf.,
Zweipaltige 20 Pf.,
Dreipaltige 30 Pf.,
Vierpaltige 40 Pf.,
Bei Wiederholungen hoher Rabatt.
Alle Postanstalten und Landbriefträger
nehmen Bestellungen an.

No. 47.

Sonntag, den 22. April 1894.

7. Jahrgang.

Die Sparkasse der Stadt Löbnitz

verzinst die Einlagen mit $3\frac{1}{2}\%$ und ist jeden Wochentag Vormittags von 8—12 Uhr und Nachmittags von 2—5 Uhr geöffnet, expediert auch brieflich.

Aus dem Auerthal und Umgebung.

Mitteilungen von lokalem Interesse sind der Redaktion
frei willkommen.

Verwaltungsbericht der Ortskrankenkasse auf das Jahr 1893.

Im Verwaltungsjahre fanden 2 ordentl. u. 1 außerordentl. Generalversamml. statt, letztere zur Beratung der neuen Statuten und eine Wahlversamml. behufs Wahl der Vertreter zu Generalversammlungen.

In 9 Sitzungen erledigte der Gesamtvorstand seine Arbeiten, wovon hervorzuheben sind: Entscheidungen über Gesuche um Aufnahme freiwill. Mitglieder, Entscheidungen über Gewährung befristeter Unterstützungsansprüche, bezgl. über Heranziehung Ersatzpflichtiger etc.

An registrierten Schriftstücken gingen ein 126. Die nicht registrierten werden mindestens dieselbe Höhe auch erreichen. Am 18. u. 19. Juni wurde die Konferenz der vereinigten Krankenkassen in Zwickau durch den Herrn Vorsitzenden und Kassierer der Kasse besucht.

Die Kasse zählte durchschnittl. pro Monat 1598 Mitglieder, im Laufe des Jahres erfolgten 2292 An- und 2208 Abmeldungen. Von der Netto-Einnahme M. 25788 03 wovon allein auf die statutenmäßigen Beiträge . 22723 99 fallen, bleibt nach Abzug der Netto-Ausgaben . 20221 88 der Kasse ein Ueberschuß von M. 5504,20 welcher zugügl. M. 435,80 aus dem Betriebsfond dem Reservefond überwiesen wurde. Der Reservefond erhöhte sich infolge dessen auf M. 18000,—.

Krank meldeten sich im Ganzen 1276 Mitglieder, davon waren erwerbsunfähig 494 und zwar 451 männl. u. 43 weibl. Die Dauer der Krankheit bei erwerbsunfähigen Mitgliedern erstreckte sich auf zusammen 7998 Tage, es kommen sonach auf jedes erwerbsunfähig erkrankte Mitglied im Durchschnitt $16\frac{1}{2}$ Tag.

Die Kasse verausgabte hierfür, für ärztliche Behandlung M. 7788,87 Pf., 2. für Arznei u. Heilmittel M. 3056, 43 Pf. und 3. an Krankengeld M. 5438,50 Pf. (nicht, wie irrthümlich in letzter Nummer gesagt 4538,50 M.).

Betriebsunfälle waren eine größere Anzahl leichter Art hauptsächlich im 2. u. 3ten Vierteljahr zu verzeichnen, aber nur bei einem Fall dauerte die Krankheit länger als 13 Wochen, von welcher Zeit an die Unfallversicherungsversicherung einzutreten hatte.

Die Behandlung der Erkrankten übernahmen fast nur allein approbirt. Ärzte.

In 34 Krankheitsfällen machte sich die Unterbringung Erkrankter in Krankenanstalten nöthig, wofür die Kasse für Kur- u. Verpflegkosten einen Aufwand von M. 832, 30 Pf. hatte.

Für Einziehung der Beiträge u. Beforgung des Jnd- u. Altersversicherungsgeschäfts erhielt die Kasse von der Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen auf das vergangene Jahr M. 575,66 und vom Rath der Stadt Aue wurde derselben als Entschädigung für Uebernahme des An- u. Abmeldeamtes der Beitrag von M. 250,— ausgezahlt. In dem der Berichtstatter noch an die Kassennmitglieder die dringende Bitte richtete, im Interesse einer gerechlichen Fortentwicklung der Kasse die Bestrebungen der Kasserverwaltung nach besten Kräften unterstützen zu wollen, schloß derselbe den sehr interessanten Bericht.

(Wir können noch hinzufügen, daß nicht der einjährige Betrag der Mitgliederbeiträge den Reservefond der Gemeinsamen Ortskrankenkasse Aue bildet, sondern die durchschnittlichen Nettoausgaben der letzten 3 Rechnungsjahre, welche ca. 19000 M. betragen, die Höhe des gesetzlichen Reservefonds betragen. D. Red.)

Der städtische Branddirektor macht im „Erzgeb. Vd.“ bekannt: Pflichtfeuerwehr Aue. Uebungen der Mann-

schaften aus den Jahrgängen 1858—60 Montag, den 23. April Abends punkt 7 Uhr, der Mannschaften aus den Jahrgängen 1861—67 Mittwoch, den 25. April Abends punkt 7 Uhr. Sammeln am Spritzenhause. — Wir wollen unsern zahlreichen Lesern diese Mittheilung nicht vorenthalten.

Unsere rührige Stadtpfelle wird am 2. oder 3. Mai ein „großes Extra-Concert“ veranstalten, wozu ein sehr reichhaltiges gut gewähltes Programm vorliegt. Die schwierigen Piecen unserer beliebtesten Componisten werden zum Vortrag kommen, weshalb man äußerst gespannt darauf sein kann und wir schon heute darauf aufmerksam machen wollen.

Die gestern stattgefundene General-Versammlung der Privilegirten Schützengilde zu Aue beschloß u. A.: das 100 jährige Jubiläum der Nachbargilde Löbnitz, welches in den Tagen vom 16. bis 22. Juli stattfinden soll, in corpore zu besuchen; ferner am 29. April einen Schützenausflug mit Prämienfahrten, am 1., 2. u. 3. Juli das diesjährige Vogelschießen abzuhalten. Die Privilegirte Schützengilde zu Aue zählt jetzt 36 Mitglieder.

Der Turnverein „Jahn“ zu Jelle, beabsichtigt, Sonntag den 8. u. Montag, den 9. Juli die Weiche seiner neuen Fahne unter größerer Festlichkeit abzuhalten. Das Programm ist folgendes:

Sonntag, den 7. Juli Abends $\frac{1}{2}$ 9 Uhr Popsenstreich. Sonntag, den 8. Juli, Früh $\frac{1}{2}$ 5 Uhr Weckruf. Vormittag 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr Empfang der Brudervereine und Gäste. 1 Uhr mittags Lösung der Vereinsvorsitzenden auf dem Festplatz. Nachm. 2 Uhr Aufstellung der Vereine auf dem Festplatz. Festakt: Nach Beendigung desselben Festzug durch den Ort und zurück nach dem Festplatz hierauf Reitereien und allgemeines Rürturnen. Von Abends 8 Uhr an Festball im Vereinslokal für Gäste. Montag den 2. Juli Nachmittags 3 Uhr Concert auf dem Festplatz. Abends 7 Uhr Festball im Vereinslokal. Wünschen wir dem jungen Verein eine recht rege Theilnahme.

Markt-Parade.

Sonntag, den 22. April Vorm. $\frac{1}{2}$ 12 Uhr

1. Ein Hoch Seiner Maj. d. Königs Albert v. Sachsen.
2. „Sei dir mein Vaterland“ a. v. Op. Die Regimentstochter v. Donizetti.
3. „Fest u. unerschütterlich.“ Charakterstück v. Eilhardt.
4. Kriegsmarsch a. v. Op. „Atalia“ v. Mendelssohn.

Wie wir erfahren, löst sich die Firma Epstein & Co., Herren- u. Damen-Confections-Geschäft Bahnhofstraße hier, auf und eröffnet von jetzt ab einen großen Ausverkauf ihrer Artikel zu ermäßigten Preisen. Des Näheren hierüber verweisen wir auf die Beilage in heutiger Nummer d. Bl.

Kirchen-Nachrichten für Aue.

Sonntag, den 22. April 1894.

Vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst. Predigt: Dillgeisel. Ort. Nachm. $\frac{1}{2}$ 2 Uhr Gottesdienst. Abends 8 Uhr ev.-luth. Jünglingsverein.

Kirchennachrichten für Klosterlein-Jelle.

Vorm. Lesegottesdienst. Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr Jünglingsverein.

— An die vergangene selige, fröhliche Osterzeit mahnt mit Bild und Wort Fest 19 der „Illustrirten Welt“ (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt). Ergreifend ist der Ausdruck des die Stirnseite zierenden Christuskopfes, mächtig wirkend „Gottfried von ouillon vor Jerusalem“, nach einer

Originalzeichnung von Hans Kaufmann. Das herzige Tierweltbild „Fröhliche Oestern“ wird Jung und Alt erfreuen und Freude machen wird auch das den Versöhnungstakt zwischen Kaiser Wilhelm II. und Fürst Bismarck feiernde, trefflich gelungene Bild. Von dem weiter, teilweise farbigen Illustrationsdruck wollen wir nur noch des köstlichen Humors „Dynamitbombe“ gedenken, als eines höchst gelungenen, der Gegenwart entnommenen Schwanks. Treflich ebenso reich ausgestattet bringt das neue Fest uns den Schluß der lieblichen Novelle „Im Netz“, den vielversprechenden Anfang eines Romans „Der alte Buffmeier“ und den Schluß der prächtigen Humoreske „Der neue Hofrat“. Dazu fügt es einen der beliebtesten, gemeinverständlich geschriebenen hausärztlichen Artikel und außerdem noch eine Fülle anregender und unterhaltender Mittheilungen. Das ganze Blatt durchzieht ein ungemein anheimelndes, warmer Ton und die sorgfältige, geübte Auswahl des Bild- und Textmaterials geben Zeugnis, wie ernst sich die Redaktion demüht der „Illustrirten Welt“ als Familienblatt ein immer vertieftes Gepräge zu geben.

Wie soll ein junges Paar am zweckmäßigsten seine Einrichtung treffen bei einem Jahres-Einkommen eine Mannes von M. 3800 (fl. 2160) und einer Wittigst der Frau von M. 3000 (fl. 1800)? — Zur Beantwortung an der Lösung dieser Frage forderten gegen Ende des vorigen Jahres die bekannten Zeitschriften „Möbelswelt“ und „Illustrirte Frauen-Zeitung“ auf und setzten für die drei besten Arbeiten Preise von 150, 100 und 50 M. aus. Die Beantwortung an dieser Concurrenz ist eine ganz besonders rege gewesen. Ueber 500 Frauen haben sich damit befaßt, jungen Ehepaaren Rath zu ertheilen, wie sie ihr Heim, auch bei geringen Mitteln, zweckmäßig und doch behaglich einrichten können. Nach der Entscheidung des Preisgerichts erhielt den ersten Preis (M. 150) Frau Marie Rose, geb. Soffe, in Leipzig-Plagwitz, den zweiten (M. 100) Frau Margarethe Stern in Berlin, während der dritte (M. 50) Frau Charlotte Warg, in Chemnitz zugesprochen wurde. Außerdem wurden die Arbeiten von acht Damen ehrenvoll erwähnt. Da die preisgekrönten Arbeiten in der „Möbelswelt“ und „Illustrirten Frauen-Zeitung“ veröffentlicht werden sollen, so wünschen wir, daß sie zu Rath und Frommen vieler zur Bekämpfung einer gewissen Ehefehle dienen mögen.

— Schon immer nahm es Wunder, daß andere Gauen Deutschlands längst eine Zeitschrift für Heimatkunde besäßen, während dem Vogtland eine solche bisher gefehlt hat, obgleich gerade dessen Bewohner so zäh an ihrer Eigenart festhalten wie kaum ein anderer, deutscher Volksstamm. Um so freudiger begrüßen wir eine neue Zeitschrift, die wirklich einem tiefgefühlten Bedürfnis entgegenkommt. „U. s. e. r. V o g t l a n d“, Monatschrift für Landsleute in der Heimat und Fremde, herausgegeben von Dr. Gottfried Doehler im Verlag der Kopsberg'schen Hof-Buchhandlung in Leipzig, liegt uns in seiner ersten Nummer vor, die nach dem Goethe'schen Wort: „Wer Vieles bringt, wird Manchem Etwas bringen“ zusammengestellt ist. Mit einer bunten Reihe unterhaltender und belehrender Beiträge führt sich das erste Heft der neuen Zeitschrift vortreflich ein und wird jeden Vogtländer ein anheimelndes Bild seines Heimlandes bieten.

Berfälschte schwarze Seide.

Man verbrenne ein Wüsterchen des Stoffes von dem man kaufen will, und die etwaige Verfälschung tritt sofort zu Tage: Keine, rein gefärbte Seide kräuselt sofort zusammen, verkrümelt bald und hinterläßt die wenig Asche von ganz hellgelberlicher Farbe. — Verfälschte Seide (die leicht speditig wird und bricht) breunt langsam fort, namentlich glimmen die „Schußfäden“ weiter (wenn sehr mit Jarsstoff erschwert), u. hinterläßt eine dunkelbraune Asche, die sich im Gegenjag zur Asche hinterläßt eine dunkelbraune Asche, die sich im Gegenjag zur Asche der Seide nicht kräuselt, sondern krümmt. Gedrückt man die Asche der Seide, so geräuselt sie, die der verfälschten nicht. Die Seidenfabrik von G. Henneberg (A. u. K. Hofliefer.) Zwickau versendet gern Muster von ihren besten Seidenstoffen an Jedermann und liefert einzelne Rollen und ganze Stücke porto- und zollfrei in's Haus.

Politische Uebersicht.

Mitten in diephantastischen und philanthropischen Erörterungen über die Abrüstung setzen die Pariser Boulevardpolitiker wieder allerlei militärische Betrachtungen über das Kräfteverhältnis an der deutschen und französischen Grenze, über die Nothwendigkeit der Errichtung neuer Armeekorps-Stände und dergleichen mehr. In Fluß gebracht sind die jüngsten Bemühungen zur Verstärkung der französischen Rüstung durch die bekannten Vorschläge zur Befestigung von Nancy. Zwar wurden alle Projekte, die Hauptstadt des französischen Lothringens in eine gewaltige Lagerfestung auszugestalten, von der Armeeverwaltung verworfen, aber die einmal begonnene Agitation reicht doch aus, die Erhöhung der Effectivstärke der Grenzcorps so kräftig anzuregen, daß man in diesem Sinne Maßregeln getroffen hat. Die Pariser Blätter bemühen sich zwar nachzuweisen, daß nur eine Organisationsveränderung, keine ziffermäßige Verstärkung mit der Neuenerreichung sei, das dort stehende VI. Korps sei eben nur in zwei Glieder getheilt worden lediglich aus Gründen der leichteren Beweglichkeit bei der Rekrutierung und Mobilisirung; aber ganz so harmlos wird die thatsächliche Vermehrung der Zahl der Korps von 19 auf 20 doch wohl nicht sein.

Die Wiener Blätter beschäftigen sich mit dem Fernbleiben des Prinzen Ferdinand von Bulgarien von den Koburgischen Festlichkeiten, die ihn als engeren Verwandten des sächsischen Hauses nahe genug berühren. Daß Prinz Ferdinand nicht unter den Festtheilnehmern sich befindet, ist bekanntlich eine Folge der politischen Konstellation, die ihn zum Regenten des Fürstenthums Bulgarien gemacht und seine Anerkennung durch Rußland bisher verhindert hat. Der Versuch, in Koburg eine Begegnung des Prinzen mit dem Großfürsten-Thronfolger und dem Großfürsten Vladimir herbeizuführen, scheint ernstlich unternommen, aber an dem Widerpruch Rußlands gescheitert zu sein. Vielleicht geht man nicht fehl, wenn man die wiederholten Dementis über die Betheiligung des russischen Thronfolgers an der Koburger Feier mit diesen Umständen in Zusammenhang bringt. Die Wiener Blätter meinen nun, der Prinz möge sich genügen lassen an den reichlichen Sympathien, die er bei seinen Unterthanen gewonnen habe, und einer besseren Zukunft vertrauen, die auch in den persönlichen Beziehungen der gekrönten Häupter leicht eine ungeahnte Wendung herbeiführen könne. Die „Neue Freie Presse“ ergänzt die verschiedenen Meldungen über vergebliche Interventionen einflussreicher Persönlichkeiten dahin, daß eine Vermittlung von sehr hoher Seite im Gange war, die den Zweck verfolgte, dem Prinzen von Koburg-Kohary die Theilnahme an den Festen in Koburg möglich zu machen. Aus dieser Bemühung seien die Nachrichten von der Reise des Prinzen Ferdinand nach Deutschland, denen bald widersprochen worden, zu erklären gewesen. Das Wiener Blatt sieht indeß das engere väterländische Interesse besser bewahrt, wenn zwischen Rußland und dem bulgarischen Regenten vorerst alles beim Alten bleibe. Der Prinz wird zu seiner Zurückhaltung beglückwünscht, weil diese die Embrüchlichkeit des Jaren schon und mittelbar dadurch die Ruhe des Erdtheils stärke. Das politische Merkmal der Feier in Koburg sei, daß über ihr der Stern der russisch-deutschen Wiederannäherung leuchte, und diese könne den Bulgaren gewiß nicht verhängnisvoll werden.

Der Berliner brasilianischen Gesandtschaft ist von amtlicher Seite aus Rio de Janeiro

die nachfolgende, vom 18. April datirte telegraphische Meldung zugegangen: „Das Panzerschiff „Aquidaban“ ist auf der Höhe von Santa Catharina durch ein Torpedoboot zum Sinken gebracht worden. Der Insurgentenführer Mello erschien mit dem Kreuzer „Republica“ und vier anderen Schiffen vor Buenos-Ayres. Mello hat um Aufnahme; dieselbe wurde ihm auf die Erklärung gewährt, daß er den Kampf aus Mangel an Hilfsmitteln aufgebe. Mello lieferte sodann die Schiffe an die argentinische Regierung aus. Der Aufstand gilt damit als beendet.“ Wie weiter aus Rio de Janeiro von heute gemeldet wird, ist ein Geschwader nach Buenos-Ayres abgegangen, um die von den Insurgenten verlassenen Schiffe aufzusuchen.

Deutsches Reich.

Der Kaiser hat an den bisherigen Volschaster in Wien, Prinzen Neuf, anlässlich seines Scheidens aus dem Reichsdienst das nachstehende, im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Schreiben gerichtet und dasselbe dem Prinzen, unter gleichzeitiger Uebergabe der Brillanten zum Schwarzen Adler-Orden, persönlich behändigt:

Durchlauchtiger Prinz,
freundschaftlicher Vetter!

Es ist Mir ein Bedürfnis, Eurer Durchlaucht beim Ausscheiden aus dem Reichsdienst Meinem aufrichtigen Dank für die ausgezeichneten Dienste auszusprechen, welche Eure Durchlaucht seit nahezu fünfundsiebzig Jahren Meinen drei Vorgängern an der Krone und Mir Selbst in stets gleicher Treue geleistet haben. Zu Eurer Durchlaucht hervorragenden Verdiensten wird die Geschichte außer der Haltung, welche Eure Durchlaucht als Befehlshaber am Kaiserlich russischen Hofe während des deutsch-französischen Krieges eingebracht, nicht die erfolgreichen Antheil zählen, welcher Ihnen an der Ausrichtung des Bündnisses zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn zufließt, und nicht minder wird sie die Verdienste anerkennen, welche Eure Durchlaucht sich in den seitdem verflochtenen fünfzehn Jahren um die Festigung und Stärkung dieses Bundes erworben. Als Zeichen Meiner warmen Anerkennung habe Ich Eurer Durchlaucht die Brillanten zu Meinem hohen Orden vom Schwarzen Adler verliehen, dessen Inhabien Ich Ihnen anbei zugleich lasse. Ich denke diesen Anlaß, um Eurer Durchlaucht mit den aufrichtigsten Wünschen für Ihr ferneres Wohlergehen die Versicherung der fortwährenden freundschaftlichen Gesinnungen zu erneuern, womit ich verbleibe
Abbasia, den 8. April 1884.
Eurer Durchlaucht
freundschaftlicher Vetter
Wilhelm I. R.

An des Prinzen Heinrich VII. Neuf Durchlaucht.

Außer der königlichen Kabinetsordre, welche sämtlichen Offizieren der Armee und Marine das Spiel am Totalisator verbietet, besteht die „Kön. B.“ in Erfahrung gebracht hat, auch noch eine andere Kabinetsordre, die sich auf Anlaß des hampoverischen Falles abermals mit außerordentlicher Schärfe gegen das Spiel wendet und insbesondere zu abseht sein soll, daß die Regimentsmusikanten in ihrem eigenen Interesse mit allen Mitteln zu hinterhalten.

Die „Post“ schreibt: „Eine lehrreiche Nachricht über den angestrebten weislichen Ausgleich kommt hierher: über Kopenhagen, dessen Hof durch die Vermählung Tzeta, jüngste Tochter König Christian IX. und Gemahlin des Herzogs Ernst August von Kumbelrand, an der Frage interessiert ist. Die Nachricht, daß der am 28. October 1880 geborene Prinz Georg Wilhelm von Kumbelrand demnächst ein Prederer-Gymnasium besuchen werde, wird in dem Kopenhagener Photogram durch die Bemerkung kommentirt, daß demnach der Kaiser auf die von ihm befürwortete Wahl des Kurländer Gymnasiums für den

Prinzen verzichtet haben müsse. Demnach zu schließen, läßt man also in Kopenhagen den weislichen Ausgleich unter den bekannten Bedingungen für den 28. October 1888 als den Wundigkeitsstermin des jungen Prinzen für prinzipiell entschieden an.“

Der Reichskanzler hat dem Minister für Handel und Gewerbe den Entwurf von Ausnahmemaßnahmen betröfend die Sonntagsruhe in gewerblichen Anlagen der Gruppe VIII der Gewerbestatistik (Hortwirthschaftliche Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Freie, Seile und Firnisse) zuweisen lassen, welcher morgen in Berlin unter Theilnahme von Arbeitgebern und von Vertretern der Arbeitnehmer einer Beratung unterzogen werden soll.

Der Nordsee-Kanal nähert sich seiner Vollendung. Seit der Wiederaufnahme der Arbeiten in diesem Frühjahr werden die zum Theil zwischen den einzelnen Ufern noch bestehenden Dämme und Wege beseitigt und der Verkehr über die sich allmählig ebensfalls der Fertigstellung nähernden Straßen und Fährden geleitet. Da sich der Erdaushub im wesentlichen auf diese Arbeiten und die Breitung der teilweise noch immer eintretenden Uferböschungen beschränkt, werden gegenwärtig nur noch verhältnismäßig wenig Arbeiter beschäftigt. Die verschiedenen Bauämter werden auch nach der Beendigung des eigentlichen Kanalbaus zunächst noch nicht aufgelöst werden, da deren Rechnungswegung eine geraume Zeit in Anspruch nehmen wird. Auch an umfassenden Ausbesserungen dürfte es in den ersten Jahren nicht fehlen, da erfahrungsgemäß bei solchen Bauten größere oder kleinere Störungen nicht ausbleiben können. Auch die Uferbefestigungen werden namentlich an den Niederungen häufig ausgebessert werden müssen. Der Reichsdienst ist infolge des umfassenden Anlaufs von Ländereien zu Ablagerungsplätzen in den Besitz eines ganz bedeutenden Areals gelangt, dessen Oedländerereien zur Aufzucht bestimmt sind, während die durch Ausbuchtung von Ackerfräumen wieder in kulturfähigen Zustand versetzten Flächen zur Errichtung verschiedener kleiner Rentengüter dienen sollen.

Die Novelle zum Wucherergesetz macht für Personen, welche „aus dem Betriebe von Kreditgeschäften ein Gewerbe“ machen, die Mittheilung eines Rechnungsausweises an den Schuldner zur Pflicht. Obwohl nun zwar eine präjudizielle Judikatur des Reichsgerichtes darüber noch nicht vorliegt, wie der oberste Gerichtshof diese Bestimmung auslegen wird, so hat man doch in kaufmännischen Kreisen den Wunsch, Sicherheit über den Umfang jener Verpflichtung durch eine authentische Declaration schaffen zu sehen. Um diesen Wünschen Ausdruck zu verschaffen, hat der Vorstand des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller unter Vorlegung der einschlägigen Verhältnisse an den Staatssekretär im Reichsjustizamt eine Eingabe gerichtet, die eine solche authentische Declaration im Wege der Befehgebung erbittet.

In der letzten Sitzung des Bundestages wurde der Beschluß des Reichstages bezüglich der Aufhebung des Festungsgesetzes (Gesetz über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872) dem zuständigen Ausschusse übergeben.

Die Abgeordnete nationalliberaler Reichstagsabgeordnete nach Friedrichsruh wird Freitag früh 9 Uhr angetreten. Es betheiligen sich daran gegen 20 Mitglieder. Fürst Bischoff hat die Herren zu einem Frühstück eingeladen. Am Nachmittag ist eine Fahrt nach Hamburg zum Besuch der Hafenanlagen beabsichtigt. Einige der Herren werden auch noch einen Ausflug nach Kiel und dem Nordsee-Kanal unternehmen.

Mit dem 1. April d. J. ist die Neuordnung des preussischen Gewerbeaufsichtsdienstes auch in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Hannover zur Durchführung und damit vorläufig und somit zum Abschluß gelangt, als nicht praktische Erörterungen und veränderte Verhältnisse Veranlassungen und Abänderungen in Zukunft notwendig machen werden. Am „Reichs- und Staats-Anz.“ wird ein Ver-

Pariser Straßenschilder.

Von Curt Grottelwiz.

Der Morgen neigt sich der dritten Stunde zu. Die letzten Nachzügler der großen Boulevardcafés treten den Heimweg an. Den Nachtrögen aufgeschlagen, den Umländer nicht mehr ganz gerade auf dem sorgfältig geschichteten Kopfe, Hand und Stock in die Tasche vergraben, so ziehen sie auf dem einsamen Trottoir im letzten Lichte der Gaslaternen langsam dahin — heimwärts. Um dieselbe Zeit aber erhebt sich im Stadtviertel der großen Markthallen ein reges arbeitsvolles Treiben. Eine Unmenge von Wagen und Karren drängen sich langsam vorwärts in dem Gemirke der Straßen; als ob Eghare, nach Frankreichs Boden erzeugt, was das Ausland an Früchten und seltenen Vegetabilien aufzuweisen hat, das wird hier nach den Halles centrales gebracht, dem großen Speicher, der heute wie jeden Tag ganz Paris mit frischer Nahrung versorgen soll. Ein buntes Gemimmel köstlicher Gestalten begleitet diese mit allerhand Produkten beladenen Fuhrwerke, deren Zahl sich durchschnittlich auf 15 000 jeden Tag stellt. Bauern, die ihre Butter, Eier, Gemüse, selbst in die Stadt heranzufahren, mischen sich mit den Markthallens Händlern und Marktweibern. Noch bevor der Tag graut, bevor Paris erwacht und die Dienstmädchen und Hausfrauen mit ihren Körben erscheinen, um Einkäufe zu machen, müssen ja die Waaren in dem gewaltigen Stapelplatze ihren Raum gefunden haben.

Die Zentralmarkthallen von Paris sind ein ungeheurer Gebäudekomplex, der aus zehn großen, hohen, sogenannten Pavillons besteht. Ein jeder dieser Pavillons, imponirende Konstruktionen aus Eisen, Zink und Glas, enthält 250 Verkaufshände; so kann man sich wohl einen Begriff machen von dem Leben und Treiben, das hier herrscht. Außer den Halles centrales giebt es noch eine große Menge anderer Markthallen, doch sind jene weitans die bedeutendsten. Um sie konzentriert sind alle jene Thätigkeiten, die mit dem Betrieb der täglichen Marktmaaren verbunden ist. Wohl giebt es eine große Anzahl von Parfichern, die nie jenes Leben und die Markthallen in früher Morgenfrühe gesehen haben, und doch ist dieses das wichtigste und erste Erforderniß, ohne welches überhaupt die Großstadt nicht bestehen kann. Diese Bauern und Händler, die dort an der Ecke eines Pavillons zusammengedrängt, vom Lichte einer Laterne

trib beleuchtet, aus irdenen Napfen ihre Suppen essen, ahnen sie vielleicht, daß sie es sind, welche die Kleinstadt mit dem Nothwendigsten, mit dem täglichen Brod versorgen?

In so früher Morgenstunde ist im übrigen das Straßenleben von Paris am ruhigsten. Allein in einer so gewaltigen Stadt kommt es nur ganz selten vor, daß der Verkehr einmal ganz unterbrochen ist. Erstlich in den vornehmsten Vierteln, in den einsamen Straßen trifft man in der Nacht Fußgänger, Wagen, Reiter, die ihr Veru, irgend eine Thätigkeit hinausstreben in die Finsterniß, man weiß nicht, wohin. Das eigentliche arbeitsvolle Leben aber beginnt erst mit dem Morgenrauschen. Der ganze Vormittag gehört recht eigentlich der Arbeit. Da fehlen die normannischen Passanten, die prachtvollen Equipagen, kurz alles, was an Vergnügen und Luxus erinnert. Da fahren die schweren, zweirädrigen Postwagen, deren Juppierre nach dortiger Sitte nicht neben, sondern einzeln voreinander gespannt sind, langsam durch die Straßen dahin. Da steht man eine Menge Geschäftsbdiener mit ihren Handwagen, eilige Boten, die irgend etwas zu bestellen haben, Leute, die mit Packeten bepackt sind, Frauen und Mädchen mit Körben am Arme. Am meisten aber fallen in diesem geschäftigen Straßenschilder die Händlertinnen mit ihren kleinen Wagen auf. Während in Berlin meist nur Obberläuferinnen mit ihren Handwagen die Straßen lang fahren, werden in Paris die verschiedenartigsten Waaren auf diese Weise feilgeboten. Da giebt es Weiber, die Gemüse, andere, die Korbwaren und Salat, einige, die Orangen, einige, die Blumen, einige, die Bonbons auf ihren Wagen zum Verkauf stellen. Dabei warten diese Weiber nicht, bis man sie bemerkt, sondern eine jede ruft, was ihre rauhe Kehle vermag, alles aus, was sie loschlagen will. Auch den Preis läßt sie bei, und zwar ist das Wissenswerthe ihrer Schätze in eine Art Rhythmus und Melodie gebracht, die sie beständig wiederholt mit einer Ueberzeugungskraft der Erde, als ob sie immer wieder etwas neues sagte. So hat jede Frau ihre Art auszusprechen, die sie konservativ bewahrt, selbst auf die Gefahr hin, daß sie deshalb von den Pariser Straßensängern gehänselt wird. Auf diese Weise herrscht auf den Pariser Straßen ein ungeheures Stimmengewirr, wie es bei uns niemals zu hören ist. Der Deutsche mag der langweiligste Mensch von der Welt sein, aber ich glaube, in keinem deutschen Gefangenenlager wird so viel gesungen, wie in Paris die Grünkrautweiber beim Verkauf ihres Salats, ihres pissenlitz, radis, artichaud und so weiter singen. Uebrigens

muß man, um den Ruhm dieser Sängerrinnen nicht zu übersehen, hinzufügen, daß es auch männliche Stimmen genug auf dem Pariser Pflaster zu hören giebt. Da ist der Oaser, der mit beneidenswerther Ausdauer sein: „Bon vitrier!“ erschallen läßt; da giebt es ein anderes: als marchand d'habits zu erkennen und zwar bleibt derselbe nicht etwa wie in Berlin direkt an einer Straßenecke stehen, um den Passanten seine zuzurufen: „Mein Kleider, mein Herr!“ Hier in Paris hat der Mann das Privileg, seine Stimme ertönen zu lassen, so laut sie schallt und so weit sie reicht. Auch Instrumentalmusik fehlt nicht. Da giebt es Handwerker, die sich besonders damit beschäftigen, Gas- und Wasserleitungsarbeiten auszuführen. Sie haben nun die löbliche Angewohnheit, auf einem Hahn zu pfeifen — sagt mich nur nicht wie!

In deutschen Städten würden alle diese Leute nur in den Höfen zu bemerken sein und auch nur in solchen, wo Betteln, Musizieren, Ausruhen nicht durch eine besondere Verfügung des Rathes verboten ist, allein in Paris haben ja die Häuser keine Höfe. Ja, es kommt wohl hier und da einmal ein kleiner Hof vor, und in den großen Privatpalais — man nennt sie hier hôtels — ist ein Hof für die Equipagen und Ausfahrt der Equipage allerdings üblich, aber im Allgemeinen entbehren die Pariser Häuser der Höfe vollständig. Blogripatrik ist ja das oberste Prinzip jeder Großstadt und da in Paris dieses Prinzip schon zu einer Zeit Geltung hatte, in der man auf Geräumigkeit und frische Luft wenig Werth legte, so vermied man, solche unbedeutende Flächen zu schaffen, wo es die Höfe nun einmal sind. Auch giebt es in Paris eine Menge von schmalen, gewundenen Gäßchen, die um so schmaler erscheinen, je höher die Häuser sind, die an ihnen stehen. Die Pariser Häuser haben im Allgemeinen sechs Etagen und schmal, an der ganzen Fassadenfront hinlaufende Balkone sind ihre besondere Eigenart. Man trifft sehr viel alte Gebäude in Paris mit Eingängen und Treppen, die ebenso eng und schmal sind, wie die Zimmer, zu denen sie führen.

Trotzdem steht man in Paris wenig Häuser, die langweilig sind. Es liegt etwas Materialisches in den Straßen der Seinestadt. Um ihre Gebäude lagert sich der Nimbus jahrhundertelanger Geschichte, die Willkür und Unregelmäßigkeit der Bauordnung giebt den Häusern etwas Buntes und Vittorettis; ja, es verunkelt das Straßenschild nicht einmal, wenn man mitten unter eleganten Palästen eine alterthümliche und alterthümliche

zustand der Mannschaften ist ein sehr guter. Ein Seefeldat verlor in Kamerun am Digschlag, Lieutenant Maure und ein Seefeldat wurden als fieberkrank schon nach kurzem Aufenthalt in die Heimat zurückgeschickt, und augenblicklich befanden sich nur 4 Fieberkranke unter den Leuten, die sofort dem Lazareth überwiesen wurden. Ein Mann wurde durch Sturz an Deck inaktiv. Der Dampfer hatte auf der Hinreise sehr schlechtes, auf der Rückreise dagegen vorzügliches Wetter. Der Boden des Schiffes ist infolge des längeren Stillstehens in Kamerun stark mit Mäusen bewachsen. Abgesehen von den etwas engen Raumverhältnissen für die Leute war der Aufenthalt an Bord ein sehr guter, namentlich wird die Schiffspflege gelobt.

Ueber die letzte Forschungsreise Eugen Ruypolis, der jüngst als Opfer eines Elefanten in Afrika starb, schreibt man noch aus Rom: Die zweite Reise Ruypolis galt der Erforschung des Djubba. Während er aber noch seine Karawane bildete, hatte Hauptmann Bottego in Begleitung des Hauptmanns Grisoni, die ebenfalls den Djubba erforschen wollten, bereits den Vormarsch dorthin angetreten und befand sich schon auf dem Weg nach den Kruvabergen, um den Djubba bis zu seiner Quelle zu verfolgen, als Ruypolis den Fluss erreichte. Sein Unternehmen besaß also keine Ursprünglichkeit mehr und konnte nicht weiter sein, als die Ergänzung der Expedition des Hauptmanns Bottego. Alle erwarteten nun von einem Augenblick zum andern die Rückkehr des Forschers, Telegramme meldeten jedoch, daß er sich nicht damit zufrieden gab, in die Fußstapfen anderer zu treten. Er machte sich vielmehr, als er sah, daß ihm das Djubbagebiet unter den Füßen schwinde, entschlossen an die Spitze eines anderen Rührfelds, an die Erforschung des Givis-Omo. Die Einzelheiten seines Zuges sind noch unbekannt. Man weiß nur, daß er wenige Tagemärsche von Bogis entfernt, wo ihn seine bereits nach Europa zurückgekehrten Genossen Borchardt und del Senno verließen, am Djubba lagerte, und daß seine letzte Station in Kobbo am rechten Ufer des Omo war. Hier machte der Küffel eines Elefanten seinem Leben ein Ende und legte seinem Marsche ein Ziel. Er starb am Ufer des Flusses, der ihm so oft in den Träumen als das zu erreichende Endziel erschienen war.

See- und Flotte.

Bei der diesjährigen Frühjahrsstellung der Militärpflichtigen wurde wiederholt von zum Dienst für tauglich befundenen jungen Leuten der Wunsch ausgedrückt, bei einer Kadfabrikabteilung dienen zu dürfen. Daraus ist den Bewerbern der Voss. J. zufolge der Bescheid geworden, daß beim preussischen Militär bei allen Truppenteilen wohl Kadfabrik ausgebildet würden, bestimmte Kadfabrikabteilungen es jedoch nicht gäbe. Es bestünde wohl die Absicht, solche Abteilungen zu bilden, die mit dem Kadfabriken bereits vertraut sind, man sei jedoch bis jetzt über die Verläufe noch nicht hinauskommene. Es bleibe daher den Kadfabrikanten nichts anderes übrig, als ihre Verabfolgung in der Ausbildung des Kadfabrikanten beim Eintritt in das betreffende Regiment vorchriftsmäßig zu melden, worauf etwaige Abkommandierung erfolgen würde.

Interessante Versuche und Schießübungen mit Geschützen schwersten Kalibers finden gegenwärtig auf dem Artilleriechießplatz bei Jüterbog statt. Die Übungen werden von den zur Artilleriechießschule kommandierten Mannschaften der verschiedenen Artillerieregimenter ausgeführt und dienen zur besonderen Ausbildung derjenigen Leute, welche gewillt sind, späterhin zu kapitulieren. Die verschiedenen Ziele sind hinter Wald oder Erdwällen verborgen und nur zeitweilig auf kurze Momente sichtbar. Es gehört zur Erzielung eines Treffers schon ein ganz besonderer Grad der Fähigkeit, Entfernungen richtig abzuschätzen. Auch bei diesen wichtigen Schieß- und Abschätzungsvorübungen pflegt man durch Gewährung von Prämien das Interesse der Leute zu erwecken.

sind mehrere Theater, hier steht die Grand Opéra, hier sind die feinsten Geschäftsläden und die prächtigsten Schaufenster, hier sind die großen Buchhandlungen, die die neuesten Erscheinungen in vielen Exemplaren außen auf Tischen ausstellen. Wohin man blickt, rostiges, demotisches, elegantes Leben. Hier hat Paris sein feinstes Kleid angezogen, die vielseitige Lustige, die im Quartier latin und auf dem Montmartre siegmühft lebt und künstlerisch schafft, die im Osten und Süden in Fabriken emsig arbeitet, die im Börseviertel geschäftig freilicht, hier tanzt und jubelt sie. Hier sieht man nur das eine, das bekannte Paris, Paris, das lacht!

Weiteres.

Kinderlogik.

Der kleine Robert: Ach Mama, ach Mama!
Mutter: Was hast Du denn, mein Kind, warum weinst Du denn so?
Der kleine Robert: Ach, Mama, ich bin gestern so hingefallen und habe mich schrecklich gestoßen.
Mutter: Na, darum brauchst Du doch heute nicht zu weinen.
Der kleine Robert: Na, gestern warst Du doch nicht zu Hause!

Berechnet.

Karl: „Hast Du alles besorgt für den Herrensabend?“
Satin: „Gewiß, lieber Mann! Du wirst mit mir zufrieden sein — hier lies selbst!“
Karl (lesend): „Hummerpafete, Gänseleber, Rachs in Gelée — hm, das sind aber lauter theure und sehr schwer verdauliche Speisen!“
Satin (schlau lächelnd): „Theuer sind sie wohl, aber dergleichen Menüs tragen Dir doch sicher auch wieder den einen oder andern Patienten ein!“
Karl: „Das ist allerdings richtig — aber diesmal habe ich leider nur — Kollegen eingeladen!“

Arbeiterbewegung.

Die Schuhmachergehilfen Kopenhagens, ungefähr 800 an Zahl, beschlossen heute wegen Lohnfragen die Arbeit sofort niederzulegen.

W.T.B. New-York, 18. April. In Detroit griffen streikende polnische Arbeiter, die sich mit Wfen bewaffnet hatten, die Arbeiter an, welche die städtischen Arbeiten an die Stelle der Streikenden getreten waren. Die Polizeimannschaften gaben Feuer, tödteten zwei Polen und verwundeten deren fünf. Der Sheriff und drei Polizisten wurden gleichfalls verwundet.

Parlamentarisches.

Das preussische Staatsministerium hat sich, wie der „Schles. J.“ aus Berlin gemeldet wird, dahin schließend gemacht, alle dem Landtage unterbreiteten Vorlagen zur Erledigung bringen zu lassen. Der Schluss des Landtages ist hiernach nicht mehr vor Wänsigen zu erwarten.

Betreffend Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der Aktiare, Diätare und Gerichtsschreiber sind verschiedene Petitionen von Gerichtsbeamten dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Gerichtsschreiber und Sekretariatsbeamte der Land- und Amtsgerichte sowie Staatsanwaltschaften im Oberlandesgerichtsbezirk Naumburg a. S. haben sechs Wünsche formuliert, u. a. daß die Aktiare sofort nach dem Bestehen der Gerichtsschreiberprüfung ständige Diäten erhalten, vier Jahre nach dem Bestehen der Gerichtsschreiberprüfung etatsmäßig angestellt werden. Gerichtsaktiare und Diätare des Oberlandesgerichtsbezirks Köln bitten, dahin wirken zu wollen, daß, entsprechend den Anstellungsverhältnissen bei den anderen Behörden, die Prokuratoren bei den Justizbehörden sofort nach bestandem Examen als ständige Hilfsarbeiter — Diätare — angestellt werden, daß auch durch Neuschaffung etatsmäßiger Stellen es ihnen vergönnt sein möge, nach vierjähriger Dienstzeit seit abgelegter Prüfung in eine etatsmäßige Stelle einzurücken. Die Justizkommission hat diese beiden Petitionen zu gleich beraten und beantragt, über beide zur Tagesordnung überzugehen.

Durch die Ungültigkeitserklärung der Mandate der Abg. Graf Wolke und v. Polenz sind zwei Reichstagsabgeordnete erledigt. Im Wahlkreis Sinnenberg waren in der ersten Wahl 6328 freikonserervative, 6223 freisinnige, 13 097 sozialdemokratische und einige hundert präparierte Stimmen abgegeben worden, in der Stichwahl 15 277 freikonservative und 13 731 sozialdemokratische Stimmen. Der Wahlkreis war in früheren Jahren wiederholt nationalliberal, auch fortschrittlich vertreten. — Im Wahlkreis Plauen waren im ersten Wahlgange 10 567 konservativ, 2961 freisinnig, 927 sozialdemokratisch, in der Stichwahl 12 766 konservativ und 12 052 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Der Wahlkreis war in den sechziger Jahren nationalliberal, dann konservativ vertreten. In beiden Wahl-

Die Kommission des Abgeordnetenhaus zur Vorbereitung der Kirchensteuer-Novelle hielt Mittwoch Abend unter Vorsitz des Dr. von Hendebrand und der Kassa ihre zweite Sitzung ab und trat zunächst in die Generaldiskussion ein. Hr. von Jedlig und Keulrich (freikons.), erklärte, daß wenn die Gebundenheit des letzten Abjages des § 34 werde aufrecht erhalten werden, er und seine Freunde bereit sein dürften, auf den Boden der Vorlage zu treten. Sonst vertritt er die Auffassung, daß, wenn das Gesetz zur Annahme gelangen sollte, damit eine endgültige Regelung des Grenzverhältnisses zwischen Staat und Kirche erfolgt sei. Dr. Haacke (natlib.) verlangt von den Konservativen eine Erklärung darüber, ob sie an der Auffassung festhalten, daß die Vorlage ein Vorwurfsurteil bedeuten soll, stellt er anheim, heute diese Frage noch nicht zu entscheiden, sondern zunächst mit den Befannungsangehörigen sich ins Einvernehmen zu setzen.

Kultusminister Dr. Vosse erklärte, daß zwar das Staatsministerium keine Vorschläge dafür übernehmen könne, welche Anträge in Zukunft von der Generalabstimmung würden gestellt werden. Dagegen nehme das Staatsministerium an, daß mit dieser Vorlage für absehbare Zeit ein Abbruch herbeigeführt sei. Wenn jetzt die Übergangung auf die maßvollen Wünsche der Generalabstimmung nicht eingebe, so drohe die Gefahr, daß später viel weiter gehende Ansprüche werden erhoben werden. Er persönlich lege großen Wert darauf, daß zwischen den Parteien eine Verständigung über das Gesetz zu Stande käme. Knörcke (Frei. Volksp.) hegt nicht die Hoffnung, daß die Annahme dieser Vorlage zum Frieden führen werde, und befürchtet, daß die Synoden die Rechte, die ihnen die Vorlage verleihe wolle, in deren Sinne ausüben werden, namentlich nach der Richtung der Verschärfung der kirchlichen Qualifikationen. Dr. Enneccerus (natlib.) bezeichnet als die Haupteinwände die Aufhebung der §§ 34 und 35 der Kirchengemeinden- und Synodalordnung, ferner die Frage des Gelübnisses in § 7. Er glaubt auch, daß § 2 in seinem ersten Abjage gebunden sein müsse, ebenso §§ 4, 11, 15 Abs. 4; 16, 46 Abs. 3; 56 Abs. 4; 60 Abs. 2 der Kirchengemeinden- und Synodalordnung und 6 Abs. 4 der Generalabstimmungsordnung. Eine Grundlage für die Einigung erblicke er darin, daß bezüglich des Wahlrechts (§§ 34 und 35) und in bezug auf das Gelübnis (§ 7) die staatsrechtliche Bindung beibehalten werde. Unter dieser Voraussetzung würde er in bezug auf alle übrigen Punkte, die in § 1 geregelt sind, sich auf den Boden der Vorlage stellen. Der Wegfall der Zustimmungserklärung des Staatsministeriums in der Formel für die Publikation eines Kirchengesetzes scheine ihm unbedenklich, dagegen lese er Gewicht auf die Beibehaltung des Wortes „daß“ statt des Wortes „ob“ der Vorlage. Dr. Weber (Halberstadt) drückt seine Verwunderung über den Optimismus aus, der aus der Rede des Ministers entgegenklingt. Für ihn bestehe die Freiheit der evangelischen Kirche, wenn man überhaupt von einer solchen reden könne, in der Freiheit der evangelischen Gemeinde. Der sogenannt evangelischen Kirche seien im Besteuerungsrecht und in der Vermögensverwaltung vom Staate ganz außerordentliche Rechte beigelegt worden. Die Generalabstimmung wurde geschlossen, da sich niemand weiter zum Worte gemeldet habe. Die Abg. Dr. Enneccerus und Knörcke erklärten, daß sie, da sich niemand weiter zum Worte gemeldet habe, auf die Teilnahme an den Verhandlungen verzichten werden. Hier-

auf verließen die Abg. Andra, Enneccerus, Dr. Weber, Haacke und von Egnern das Sitzungszimmer. Die Kommission blieb beschlußfähig und begann die Spezialdiskussion über § 1, indem sie die einzelnen Bestimmungen der Kirchengemeinden- und Synodalordnung besprach. Bei § 6 wurde auf den Zusammenhang mit den §§ 34 und 35 hingewiesen und angedeutet, daß die Aufhebung der staatsrechtlichen Bindung dieser Bestimmungen auch die Befugnisse des Patrons beeinträchtigen könne. Zu § 7 fragt Hr. v. Jedlig bei der Staatsregierung an, ob und aus welchen Gründen § 7 nicht für gebunden erachtet werde. Kultusminister Dr. Vosse erwidert, daß das Gelübde als eine innerkirchliche Verpflichtung des gewählten Kirchenältesten zu betrachten sei. — Deshalb könne das Bestehen der staatslichen Bindung nicht angenommen werden. Die Kommission sprach sich mit allen gegen 2 Stimmen dahin aus, daß § 7 nicht als staatsgesetzlich gebunden zu betrachten ist. Die übrigen Bestimmungen des § 1 blieben unbeanstandet. Nächste Sitzung Freitag.

Deutscher Reichstag.

85. Sitzung vom 18. April 1894, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten v. Bötticher, Niederding, v. Marschall.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen, denen die zweite Beratung des vom Abg. Graf v. Dönhoff-Friedrichstein (L.) und Gen. eingebrachten Entwurfs eines Heimstättengesetzes folgt.

Nach § 1 hat jeder 24 Jahre alte Deutsche das Recht, eine Heimstätte zu errichten.

Die Abg. Graf v. Dönhoff-Friedrichstein und Gen. beantragen heute eine Resolution, in welcher die Regierung ersucht wird, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Abg. Gaup (Rp.) empfiehlt die Resolution und wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Schönlanf. Der Umstand, daß der Antrag von Seiten von Jentzsch, von Ost und West, von Nord und Süd unterzeichnet ist, beweise schon, wie unhaltbar die Insinuation des Abg. von Schönlanf sei, daß der Gesetzentwurf nur im Interesse der ostelbischen Grundbesitzer eingebracht sei. Die landwirtschaftlichen Arbeiter seien sehr wohl in der Lage, sich ein Grundstück zu erwerben; namentlich könnten die Arbeiter, welche auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes eine Unfallrente beziehen und dafür die Kapitalabfindung nehmen, sich für diese ein Grundstück schaffen. Von dieser Möglichkeit werde sehr viel Gebrauch gemacht werden.

Abg. Schönlanf (Sax.) bleibt dabei, daß es hauptsächlich darauf abgesehen sei, die ländlichen Arbeiter im Osten zu einer neuen Art von Hörigkeit zu verurteilen. Der größte Teil der deutschen Bauern bedanke sich schonstens dafür, sich diese Heimstätten-Gesetzgebung antun zu lassen. Auch in Amerika ist man bereits zu der Ueberzeugung gekommen, daß die dortige Heimstätten-Gesetzgebung durchaus verfehlt war, weil sie die steigende Verschuldung des Grundbesitzes nicht zu verhindern vermocht hat.

Abg. Niefert bittet um Auskunft, was die mitgetheilte Resolution bewirde.

Der Präsident erklärt, die Verteilung sei etwas zu früh erfolgt. Abg. von Bennigsen als Mitbringer erklärt, daß sie zur Verhandlung kommen sollte nach Erledigung des § 1.

Abg. Schädlcr (Z.): Ich stehe der Tendenz der Vorlage durchaus zustimmend gegenüber. Einige Zweifel, welche ich hinsichtlich der Reichskompetenz noch hatte, werden sich auch einschleichen können, indem die Resolution zur Annahme gelangt.

Abg. Kenzmann: Nach diesen Erklärungen scheinen die Antragsteller doch von ihrem Vorhaben einen direkten Erfolg selbst nicht mehr zu erwarten. Wir beschränken uns unter diesen Umständen darauf, gegen diesen Versuch zur Herstellung bäuerlicher Heimstättenkommission zu stimmen.

Abg. Hahn (wilt-konservativ), heute in Lieutenantuniform im Hause erschienen) stellt in längerer Rede die Vorzüge der Errichtung einer Heimstätten für die kleinen Landwirthe dar. Schon die Hohenzollern hätten diese Politik befolgt. Ein solches Gesetz sei die beste Fortsetzung der vom Deutschen Reich inaugurierten Sozialreform. Wollte sich Deutschland militärisch in Europa behaupten, so müßte dieses Gesetz angenommen werden. (Lachen links.)

Abg. Niefert: Wenn das Deutsche Reich keine festeren Säulen hätte als diesen Gesetzentwurf, der noch dazu durch eine Resolution beseitigt werden soll, so thäte es mir leid um mein Vaterland. In den vertraulichen Besprechungen des Seniorsenats hat niemand davon gesprochen, daß dieses Gesetz noch erledigt werden sollte.

Abg. Böckel (Ant. Ref.-P.) Wie sind für den Antrag, der einen Bruch mit dem römischen Recht, eine Wiederannäherung an das deutsche Recht für uns bedeutet und als der erste Schritt zur Durchführung eines deutschen Agrarrechts erscheint. Die Regierung habe bisher nur für Militärvorlagen, Steuern und Handelsverträge Verständnis gezeigt; endlich einmal möge sie zeigen, daß sie auch für Sozialreform Verständnis habe. Der Reichstag sei keine bloße Bemülligungsmaschine. (Lachen links; Ruf: Sie haben ja der Militärvorlage durchgeholfen!)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Ant.) spricht sich unter polemischen Ausführungen gegen den Abg. Schönlanf für den § 1 aus.

§ 1 wird hierauf mit beträchtlicher Mehrheit angenommen. Abg. Graf Dönhoff erklärt auf die Weiterberatung im Einverständnis mit den übrigen Antragstellern verzichten zu wollen und bittet, die eingebrachte Resolution anzunehmen, da die Geschäftsfrage des Hauses die Durchberatung nicht mehr gestatte, weil für morgen der Schluss der Session in Aussicht genommen sei.

Die Resolution wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Zur Ueberfahrt der Reichs-Einnahmen und Ausgaben für 1892/93 werden die stattgehabten Etats-Ueberschreitungen und außeretatsmäßigen Ausgaben vorläufig genehmigt.

Zur dritten Beratung der Novelle zum Viehschutzgesetz hat

Abg. Böckel seinen Antrag wieder aufgenommen, wonach Viehhändler zur regelmäßigen Führung von Büchern verpflichtet sein sollen, in welchen Aus- und Eingänge aller von ihnen gehaltenen Thiere sorgfältig verzeichnet sein muß. Zuwiderhandelnde von der Ortspolizeibehörde bestraft werden sollen und absichtlich falsche Angaben unter die Strafvorschriften der §§ 237 ff. gestellt werden.

Der Antrag Bödel wird abgelehnt, die Vorlage nach den Beschlüssen zweiter Lesung unverändert angenommen, ebenso in der Gesamtabstimmung im ganzen.

Die Vorlage betr. die Veränderung des § 41 der Konkursordnung wird unverändert definitiv genehmigt, eine von dem Abg. Gröber eingebrachte Resolution auf Veranlassung einer Konkursstatistik ohne Debatte angenommen.

Schluss gegen 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (3. Lesung der Vorlagen betr. die Waarenzeichen, den Schutz der Brieftauben, des Stempelabgabengesetzes, Petitionen, Interpellation Förster.)

86. Sitzung vom 19. April 1894, 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrats Graf v. Caprivi, v. Bötticher, Graf v. Posadowski, v. Marischall, Kiederling.

Eine Reihe von Petitionen werden als zur Förderung im Plenum nicht geeignet erklärt.

Zur dritten Beratung des Waarenzeichen-Gesetzes haben die Abg. Jannacher, Schmidt-Ebersfeld, Müller-Horburg und Behel die Streichung des auf Antrag Roeten in zweiter Lesung beschlossenen § 15b (Bestrafung der concurrence déloyale, des unlauteren Wettbewerbs im Waarenverkehr) beantragt.

Eine Generaldiskussion wird nicht beliebt.

In der Spezialdebatte wird nur der § 15b erörtert.

Staatssekretär v. Bötticher: Wie ich schon in zweiter Lesung ausführte, ist der Gesetzesentwurf ernstlich gefährdet, wenn § 15b in demselben stehen bleiben sollte. Heute kann ich diese ernste Besorgnis in noch schärferer Form zur Geltung bringen, denn im preussischen Staatsministerium ist mir bei meiner Sondierung der Auffassung über diesen Punkt einstimmig geantwortet, daß das Gesetz für dieses mit dem § 15b unannehmbar sei.

Für § 15b stimmt jetzt das Zentrum mit den Antireparatisten. Der Antrag ist gestrichen; entsprechend wird auch die Ueberschrift geändert.

Im Uebrigen wird die Vorlage unverändert in ihren weiteren Bestimmungen und schließlich auch im Ganzen angenommen.

Bei der Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen des Reichs pro 1892/93 bemerkt

Abg. Gröber, daß es sich hier um 40 Millionen Staatsüberschreitungen handelt, aber deren Verbleiben man nur einen mündlichen Bericht erhalten habe, der gestern in den Beratungen sorglos untergegangen sei. Ueber diese wichtigen Dinge bedürfte es eines ausführlichen schriftlichen Berichtes; man möge daher die Vorlage ablesen und auf die Sache in der nächsten Session zurückkommen.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Gröber angenommen.

Der Antrag Satz (10 400 M. für drei ständige Mitglieder des Patentamts, welche wegen der dem Amt übertragenen Funktionen auf Grund des Waarenzeichengesetzes neu angestellt werden müssen) zum Etat für 1894/95 wird definitiv genehmigt, ebenso die Vorlage betr. den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenschutz im Krieges.

Es folgt die dritte Beratung der Novelle zum Stempelgesetz.

In der Spezialdiskussion wird zunächst der Tarif beraten.

Nach Nummer 1 sollen befreit sein vom Effektenstempel solche Aktien, welche von Aktiengesellschaften ausgegeben werden, die ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen und ihren Reingewinn auf höchstens 4 Prozent des Kapitals beschränken. Nach den Beschlüssen zweiter Lesung soll für diese Befreiung folgende Schlussbestimmung Geltung haben: Die von solchen Aktiengesellschaften beschafften Vermögensgegenstände müssen für die minderbekanntesten Volklassen bestimmt sein.

Auf Antrag der Abg. Jannacher und Schmidt-Horburg wird diesem Zusatz hinter „müssen“ das Wort „auch“ zugefügt.

Im Tarif Nr. 4 der Beschlüsse zweiter Lesung ist folgendes bestimmt: Nr. 4a setzt den Stempel für Kauf- und Anschaffungsgegenstände in Banknoten, Papiergeld, Geldsorten und Wertpapieren auf 1/10 pro Mille fest; Nr. 4b den Stempel auf Kauf- und Anschaffungsgegenstände über Waaren mit festbestimmter Lieferungsfrist, wenn dieselben gemäß den seitens einer Börsenbehörde festgesetzten Geschäftsbedingungen abgeschlossen werden und wenn für die an der betreffenden Börse geschlossenen Geschäfte solcher Art eine Festsetzung von Terminpreisen erfolgt, 1/10 für alle übrigen Kauf- und Anschaffungsgegenstände über Waaren, wenn dieselben gemäß den seitens einer Börsenbehörde für solche Geschäfte festgesetzten Bedingungen abgeschlossen werden, 1/10 pro Mille. Die Vorlage setzte für Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände, welche unter Zurundelegung von Plänen einer Börse geschlossen werden (Kaffee, Pfeffer, Terminus, Prämien u. s. w. Geschäfte) über Mengen von Waaren, die börsenmäßig gehandelt werden, 1/10 pro Mille fest. Börsenmäßig gehandelte Waaren sollen nach der Vorlage solche sein, für welche Terminpreise an der betreffenden Börse notirt werden. Die Abg. Müller-Dortmund, v. Buol und Frese beantragen die Wiederherstellung der Vorlage.

Abg. Schwarz (S.) will die Terminpreise in Getreide und Getreidefabrikaten mit einem fünf Mal so hohem Umsatzstempel, also mit 2 pro Mille besteuern.

Nach einem Antrag Gescher soll für den Fall der Wiederherstellung der Vorlage diese den Zusatz erhalten: Die Steuerpflicht tritt in diesem Fall für die gesamte Waarenart (Kaffee, Weizen, Spiritus, Zucker u. s. w.) ein, wenn sich die Terminnotirung auch nur auf eine bestimmte Qualität dieser Waarenart bezieht.

Für den Fall der Annahme der Beschlüsse zweiter Lesung will Abg. Richter die Worte „wenn dieselben gemäß seitens einer Börsenbehörde für solche Geschäfte festgesetzten Geschäftsbedingungen abgeschlossen werden“ ersetzt wissen durch folgende Fassung: „für welche an der Börse, deren Pläne für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notirt werden.“

Schwarz (S.) erklärt, daß er den Antrag Gescher zur Annahme empfehlen könne, wenn ein inzwischen eingelaufener Unterantrag des Abg. von Stumm, der den Begriff „Waarenart“ genauer umschreibt, indem statt der Worte „Kaffee, Weizen, Spiritus, Zucker u.“ gesagt werden soll „oder eine Unterart derselben“ zur Annahme gelangt.

Die mit dieser Erklärung wiedereröffnete Debatte wird alsbald durch Annahme eines neuen Schlussantrages geschlossen.

Die Anträge Richter, Schwarz und v. Stumm sind abgelehnt; für den Antrag Schwarz stimmen auch die meisten Deutschkonserwativen. Die große Mehrheit wird statt

der Beschlüsse zweiter Lesung die Regierungsvorlage unverändert wiederhergestellt. Gegen den Antrag Gescher stimmen die Parteien der Linken bis auf einige Nationalliberale, eine Minderheit des Zentrums und der Deutschkonserwativen, sowie ein Theil der Reichspartei.

Die übrigen Tarifsätze, sowie Bestimmungen des Gesetzes selbst werden unverändert angenommen.

Das Gesetz wird am 1. Mai 1894 in Kraft treten.

Von der Kommission war noch eine Resolution in Vorschlag gebracht worden, wonach die Börsenaufsichtsansprüche für die Interessen sollen, daß beim Kommissionsgeschäft dem Kommittenten keine höheren Stempelbeträge in Rechnung gestellt werden, als vom Kommissar selbst bezahlt sind. Die Resolution wird nach kurzer Debatte angenommen, ebenso die von nationalliberaler Seite beantragte, auf baldige Vorlegung eines Reichs-Börsengesetzes gerichtete Resolution.

In der Gesamtabstimmung wird die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen Volkspartei und eines Theiles der freisinnigen Vereinigung definitiv angenommen.

Es folgt die Interpellation der Abg. Förster, Neufeldtin und Rosen:

„Wie gedenken die verbündeten Regierungen die durch die Zollgesetzgebung entstandenen Schädigungen der Finanzen des Reiches in einer die Landwirtschaft nicht beeinträchtigenden Weise auszugleichen und welche Mittel des Ausgleiches gedenken sie auf dem Wege der Reichsfinanzgesetzgebung anzuwenden?“

Der Reichskanzler erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Reichskanzler Graf von Caprivi: Ich lege Werth darauf, festzustellen, wie die Interpellation lautet. Ich habe mich verpflichtet diese Interpellation zu beantworten, nicht aber auf die Mittel gegen den Niedergang der Landwirtschaft einzugehen. Hätte der Interpellant das schriftlich niedergelegt, worauf er mündlich jetzt, so hätte ich erklärt, ich würde die Interpellation nicht beantworten. Auf die Frage: „wie gedenken die verbündeten Regierungen die durch die Zollgesetzgebung entstandenen Schädigungen der Finanzen des Reiches in einer die Landwirtschaft nicht beeinträchtigenden Weise auszugleichen?“ kann ich weiter keine Antwort geben als die: die verbündeten Regierungen beschäftigen sich darüber zu thun, daß sie die Tabak-, Wein- und Börsensteuer vorlegen. Haben Sie diese Steuern abgelehnt, so müssen die verbündeten Regierungen von neuem erwägen, wie sie die entstandenen Schädigungen der Finanzen des Reiches in einer die Landwirtschaft nicht beeinträchtigenden Weise ausgleichen sollen. Die weitere Frage: „und welche Mittel des Ausgleiches gedenken Sie auf dem Wege der Reichsfinanzgesetzgebung anzuwenden?“ erledigt sich durch die erste, denn andere Mittel als die die Zollgesetzgebung an die Hand gibt, stehen den verbündeten Regierungen nicht zur Verfügung. (Große Heiterkeit links.)

Ein Vertagungsantrag der Abg. Graf v. Pompej und Gen. wird angenommen.

Nach den üblichen Dankesbezeugungen bemerkt der Präsident v. Levetzow: Mein letzter Wunsch ist noch, daß wir uns in nicht zu langer Zeit (ob!) im Laufe dieses Jahres gesund wiedersehen mögen und zwar, wie ich glaube und annehme, wenn auch vorübergehend noch an dieser Stelle. Deshalb haben wir keinen Grund, schon heute Abschied zu nehmen von diesen Räumen, in welchen der Reichstag 27 Jahre lang getagt und große Dinge erlebt hat.

Das Wort erhält hierauf der Reichskanzler Graf Caprivi zur Verlesung der Allerhöchsten Decree (— die Sozialdemokraten verlassen bei den ersten Worten den Saal; Abg. Niebermann von Sonnenberg ruft: Die Stützen der Regierung verlassen das Lokal — Bewegung —), datirt aus Karlsruhe vom 17. April, durch welche der Reichskanzler ermächtigt wird, die gegenwärtigen Sitzungen des Reichstages am 19. April zu schließen. Der Reichskanzler verliest sodann noch folgende Erklärung:

Die Erwartung der verbündeten Regierungen, der Reichstag werde bereit sein, durch Zustimmung zu den vorgelegten Steuer- und Zollgesetzen die Mittel zur Deckung der Kosten der Seereserverhaltung sowie zur Durchführung einer Finanzreform zu gewähren, welche die Reichsfinanzen in ein festes Verhältnis zu den Ueberweisungen an die Einzelstaaten bringt, haben leider für die gegenwärtige Tagung ausgefallen werden müssen. Damit ist die Möglichkeit ausgeschlossen, noch in dieser Session die zur Durchführung der Finanzreform erforderlichen Mittel zu gewinnen. Die verbündeten Regierungen halten indes mit aller Entschiedenheit an der Auffassung fest, daß es im nationalen und finanziellen Interesse auch der Bundesstaaten gerathen ist, zur Erhaltung eines geordneten Finanzwesens der letzteren eine Sicherstellung der Finanzen des Reiches herbeizuführen. Die verbündeten Regierungen werden deshalb nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages von neuem mit entsprechenden Vorschlägen in der Hoffnung hervortreten, daß eine Verständigung über die Reform und die Beschaffung der hierzu erforderlichen Mittel erzielt werden wird. Auf Grund der mir erteilten Allerhöchsten Ermächtigung erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für geschlossen.

Präsident v. Levetzow: Vorausschicklich zum letzten Male an dieser Stelle, aber wie allezeit zuvor und allezeit zukünftig in hingebender Liebe und Treue, vereint sich der Reichstag zum Schlussruf, der aus warmem, deutschem Herzen kommt: Se. Majestät der deutsche Kaiser, König Wilhelm II. von Preußen lebe hoch! Die Anwesenden stimmen dreimal begeistert in den Ruf ein. Präsident v. Levetzow: Die Sitzung ist geschlossen. Schluss gegen 5 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 18. April 1894, 11 Uhr.

Am Ministertische: Der Minister von Berlepsch und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Aufhebung und Gewinnung der Kali- und Magnesiumsalze.

Die Beratung beginnt mit Artikel II, welcher das Prinzip des Gesetzes enthält: „Die Aufhebung und Gewinnung der Kali- und Magnesiumsalze steht fortan ausschließlich dem Staate zu.“

Abg. v. Hockelberg (L.) ist kein Gegner der Vorlage, ist aber über den Inhalt derselben nach den Aenderungen, welche die Kommission vorgenommen hat, etwas zweifelhaft geworden.

Es handelt sich hier um die Aufrechterhaltung eines Syndikats; Syndikate haben aber doch das Bestreben, ihre Preise nicht nach unten hin, sondern mehr nach oben hin festzusetzen, und da scheint doch die Stellung des Fiskus im Syndikat nicht stark genug, um auf die Niedrighaltung der Preise zu wirken.

Abg. Zimwalle (S.): Die hohen Dividenden der Kaliwerke rühren nicht vom Bergbau, sondern von den Gemischen, welche mit großen Ueberschüssen arbeiten. Der Fiskus ist durch die Staffeltarife dem entfernteren wohnenden Landwirthen bei ihren Bezügen von Kali entgegengekommen. Man spricht von der großen Menge der Kalivorräthe, die für 2000 Jahre vorhalten. Aber es wird doch auch gefordert, daß die Produktion und die Verwendung des Kalis vermehrt wird; dann würde der Vorrath schneller abnehmen und deshalb ist eine Vorsichtsmassregel notwendig.

Abg. Schmieding (nl.) erklärt, daß er und seine Freunde sich dem Verluce widersetzen würden, Hannover wieder in die Vorlage hineinzubringen. Gerade jetzt ist ein ungeeigneter Zeitpunkt, Hannover in das Gesetz hineinzuziehen, weil dort sich Alles in Furch befindet; weil dort gerade Verträge über die Ausnutzung von Kalilagern vielfach abgeschlossen sind. Es würde also ein bedenklicher Eingriff in private Eigentumsverhältnisse gemacht werden müssen. Deshalb ist es folgerichtig, Hannover von dem Geltungsbereich des Gesetzes auszuschließen. Wenn man ein Monopol will, dann soll man ein reines Staatsmonopol schaffen und nicht die Privatinteressen privilegieren. In der Kohlenindustrie war die Konkurrenz viel jünger als vor der Zeit des Stauffurter Syndikats. Aber die weltliche Kohlenindustrie hat sich aus eigener Kraft geholfen. Es bestehen doch eigentlich gar keine Risiken, nur bezüglich der Kalifabrik sei eine gesetzliche Tendenz notwendig zu machen. Die Motive erkennen selbst an, daß die Kalindustrie sich in guter Lage befindet.

Minister v. Berlepsch: Wenn das Gesetz Annahme findet, werden die hiesigen Provinzen dadurch nicht verbessert in ihrer Lage; aber die Regierung wird ihre Vorbereitungen fortsetzen und neue Betriebe aufzuschließen versuchen. Wenn das Kali aber Objekt der freien Spekulation wird, dann kann der Fiskus nicht große Kapitalien in solche Unternehmungen stecken, weil er dadurch große Gefahr laufen würde. Findet das Gesetz Annahme, so sind die Beschlüsse gefasst, sofort mit Eröffnung eines neuen Betriebes nicht in der nächsten Nähe von Stauffurt vorzugehen und nach Ablauf des Kalisyndikats so viel Kali zu produzieren, um alle Ansprüche der Landwirtschaft befriedigen zu können. Wird das Gesetz abgelehnt, dann ist es meines Erachtens für immer abgelehnt. (Sehr gut! links.) Jetzt sind wir noch in der Lage, mit einer beschränkten Zahl von Werken zu rechnen. Nach Ablehnung des Gesetzes wird eine große Zahl neuer Betriebsstätten eröffnet werden, auf welche wir keinen Einfluß haben. Die Regierung wird dann die Wassergefahr durch eine Vernehmung der Kompetenzen der Behörden zu bekämpfen suchen. Aber dadurch wird es nicht gelingen, die Gefahr gänzlich auszuschließen, und deshalb bitte ich zu überlegen, ob Sie recht thun, das Gesetz abzulehnen. (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Jedlitz (H.): Ein kleiner Theil meiner Freunde verhält sich ablehnend gegen die Vorlage. Wenn ich für dieselbe einträte, so geschieht es in dem Bewußtsein, daß, wenn der jetzige Moment nicht benutzt wird zur Sicherung dieses Schutzes, der Zeitpunkt dafür niemals wiederkehren wird. Der große Schatz dieser Kalifabrik verdient aber eine pflegliche Behandlung, die dadurch gefährdet wird, daß der nur auf Gewinna bedachte Privatbergbau auf Kali sich ausdehnt, daß mit der Zunahme der Betriebe die Wassergefahr wächst. Die freie Konkurrenz wird die Ausfuhr der Salze ins Ausland fördern und zum Abbau der wertvolleren Salze drängen, sodaß es sich nachher nicht lohnt, auf die minder wertvollen noch zu bauen. Redner beantragt die Zurückverweisung der von ihm gestellten Anträge und der betr. Theile der Vorlage in die Kommission. (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Pattammer-Oblau (L.) bedeutet, daß die Zahl der Gegner sich vermehrt zu haben scheint. Man spreche von den großen Vorräthen, die 2000 Jahre reichen würden. Aber das gilt nur für die Kalifabrik im allgemeinen; die Vorräthe der besten, für die Landwirtschaft werthvollsten Salze sind nicht so bedeutend und die Gefahr des Wassereintruchs wird doch vielfach unterschätzt. Bei Ablehnung der Vorlage wird das Syndikat 1898 ablaufen und dann wird der Raubbau mit allen seinen Gefahren eintreten.

Abg. Gerold (S.) erklärt sich gegen die Vorlage, welche ein bedenkliches Monopol schafft, dem die Landwirtschaft auf Gnade und Ungnade unterworfen sei. Auch ohne Annahme des Gesetzes kann der Fiskus nach Ablauf des Syndikats die Preise herabsetzen und neue Bohrungen vornehmen lassen. Die Konkurrenz wird ihn nicht schädigen, sie wird nur verbüßen, daß der Fiskus einmal zu hohe Preise nimmt. In der jährlichen Vorlegung eines Jahresberichtsberichtes kann eine Garantie dagegen nicht gefunden werden. Wie das vom Grafen Kanitz vorgeschlagene Betreibermonopol würde auch dieses Monopol zum Schaden der Landwirtschaft reichen und in politischer Beziehung bedenklich werden können.

Minister Berlepsch: Der Antrag Jedlitz, daß die Preise auf die Privatwerke von Staatswegen diktiert werden sollen, ist wohl nicht anzunehmen; denn das wäre ein Eingriff in die Privateigentumsverhältnisse. Wenn es gelingt, einen prägnanten Ausdruck dafür zu finden, daß nach Ablauf des Syndikats der Fiskus nicht berechtigt ist, die Preise zu Ungunsten der Landwirtschaft zu gestalten, so würde ich gegen die Aufnahme einer solchen Bestimmung in das Gesetz nichts einzuwenden haben. Ich will jeden Weg versuchen, um die Handhabung zum Schaden der Landwirtschaft zu verhüten. (Zustimmung rechts.)

Abg. von Cynatten (S.): Nachdem die Provinz Hannover aus dem Gesetze ausgeschlossen ist, stehe ich der Vorlage noch sympathischer gegenüber als früher. Von einem Monopol kann man nach diesem Ausschlusse Hannover nicht mehr gut sprechen. Die Wiederaufnahme der Provinz Hannover in das Gesetz würde die Vorlage für mich unannehmbar machen.

Abg. Jerusalem (S.) hält es nicht für zweckmäßig, die Kalifabrik so sorgsam zu hüten; denn in späterer Zeit bringe vielleicht die Chemie neue Dünge Mittel. Man könne ruhig den Abzug ins Ausland fördern, um dafür Geld einzunehmen. Die freie Konkurrenz hat immer billigere Preise und bessere Qualität mit sich gebracht; durch die Verhandlungen des Parlaments wird man billige Preise schwerlich herbeiführen können.

Abg. v. Wendel (L.): Die deutschen Kaliläger haben für und denselben Werth wie für die südamerikanischen Staaten die großen Lager von Chibrialpeter. Dieser reiche Schatz muß verwertet werden zum Besten der Landwirtschaft. Ein Verleib

mit den Kohlenlagen ist nicht richtig, weil Kohlen überall vorhanden sind, aber ergiebige Lager dieser Braunkohle werden sonst nirgend weiter gefunden. Zum Schutze des Kalialagers werden die gegenwärtig bestehenden bergpolizeilichen Vorschriften nicht aus. Die staatliche Vertikung des Monopols muß dafür sorgen, daß die Landwirthe ohne besondere Analyse ein gutes Düngemittel in die Hand bekommen. Die Abweisung der Vorlage würde die Kaliverwerke zum Gegenstande einer wilden Spekulation machen und dabei betheiligte Personen würden kein Interesse für die Land- und Volkswirtschaft mehr haben. Die Erklärungen des Ministers haben eine große Beruhigung gebracht und bei Annahme der gestellten Anträge würde die Landwirtschaft zufrieden sein können.

Hr. Bredt (nl.) glaubt nicht, daß die Regierung auf Betreiben der Privatbetheiligten vorgegangen ist, sondern sie wollte das allgemeine Wohl verfolgen, ist aber dabei von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Es ist nicht richtig, daß nur bei Stochfurt die Kalilager vorhanden sind. Ueberall sind neue Funde gemacht worden und werden vielleicht noch weiter gemacht werden, namentlich in der Provinz Hannover. Wir haben also keine Ursache, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, was nach 5 oder 6000 Jahren werden wird. Unsere Kalienvorräte sind von eben solcher Bedeutung wie die Kalilager; in Bezug auf die Kohlen ist man nicht so ängstlich. Es werden jetzt nur 15 Millionen Zentner Kalialage gefördert, aber wenn die Landwirthe Kali ausreißend verwenden wollten, so würde eine Förderung von mehr als 600 Millionen Zentner notwendig sein. Dafür kann der Staat allein nicht sorgen. Wenn auch wirklich ein neues staatliches Werk in Betrieb gesetzt wird, was bedeutet das den bestehenden 8 Privatwerken gegenüber? Ich bin kein Gegner von Staatshilfen, aber dieses Gesetz enthält einen Einbruch in die Bergbaufreiheit, auf welcher unser Bergbau groß geworden ist, der ohne diese Freiheit nicht die Stellung in unserm wirtschaftlichen Leben hätte einnehmen können, welche er jetzt einnimmt, und einen Einbruch in die freie wirtschaftliche Thätigkeit. Es ist eine Verkennung der Aufgaben des Staates, wenn er seinen Ansehnlichen die Möglichkeit verweigert, ihre Intelligenz und ihr Kapital anzuwenden.

Geheimer Berath Fickler: Anbezug auf die Selbstkosten ist sehr unrichtig, daß dieselben für die staatlichen Werke mit 85,2 Pf. für den Doppelzentner richtig berechnet sind. Die anderweitig angegebenen niedrigeren Selbstkosten sind nur die Betriebskosten. Die Kosten der Bauten und Veranlagung sind aber nicht berechnet worden.

Darauf wird um 3 1/2 Uhr die weitere Beratung bis Donnerstag 11 Uhr vertagt. (Vorher werden einige Rechnungsvorlagen eingelegt werden.)

53. Sitzung vom 19. April 1894, 1 Uhr.

Am Ministerische: Minister Dr. Miquel, von Berlepsch und Kommissarien.

Das Haus ertheilt zunächst in Bezug auf die allgemeine Rechnung für 1890/91 der Regierung Entlastung und genehmigt nachträglich, vorbehaltlich der Rechnungslegung die Staatsüberschreitungen und außeretatmäßigen Ausgaben des Jahres 1892/93, nachdem bei dem letzteren Gegenstande der Abg. Burghardt-Karaban (nl.) sein Bedauern darüber ausgesprochen hatte, daß der Kredit für die Befestigung der Festung der Hochwasser von 1888 in Schlesien gelöst sei, jedoch daraus keine Aufwendungen für Regulierungen mehr erfolgen könnten.

In zweiter Beratung ohne Debatte der Gesetzentwurf wegen Deckung von Ausgaben (d. h. des Reibetrags von 26 290 000 M.) des Jahres 1892/93 zur Annahme; endlich wird bezüglich der Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für 1892/93 die Entlastung ausgesprochen.

Darauf wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Auffassung und Gewinnung der Kali- und Magnetsalze fortgesetzt beim Artikel III, wonach diese allein dem Staate zuführen soll.

Hr. von Schalkha (S.): Die Syndikate haben eine gewisse Berechtigung, aber doch auch manche Nachteile, denn sie berücksichtigen immer nur die großen Abnehmer und vernachlässigen die kleinen. Kali und Koble lassen sich eben gar nicht vergleichen, denn die letztere kommt überall vor, das erstere aber nur in Deutschland. Außerdem erfordert der Kalibergbau große technische Vorkehrungsmaßregeln, die bei den Koblewerken nicht notwendig sind. Ferner ist Karallit auf 2000 Jahre ausreißend vorhanden, aber Karallit ist nur für fünfzig Jahre vorhanden. (Hört!) Es sei zu verwundern, daß die Begründung der Vorlage davon keine Notiz genommen hat. Deshalb muß man den Raubbau verhüten, denn daß in der nächsten Zeit ein anderes Düngemittel gefunden werden sollte, könnte man nicht annehmen. Die staatliche Aufsicht werde die Güte der Waare garantieren; denn daß die freie Konkurrenz die Güte der Waaren fördert, kann nicht anerkannt werden. Man scheut gegen das Gesetz einmengen zu sein, weil eine Waare der Spekulation entgegen werden soll.

Hr. Goltz (fr. Paa.): Die Gründe für die Vorlage sind durchaus nicht stichhaltig. Man spricht davon, daß der Vorrath sich erschöpft. Aber allein die dem Fiskus gehörenden Felder reichen für 2000 Jahre aus. Die Privatwerke haben aber noch viel größere Vorräte; man kann auf einen Vorrath von 200 Milliarden Zentner rechnen, die für 4500 Jahre reichen. Aber für die vertriebenen Felder hat das Gesetz keine Bedeutung; diese gewinnt es erst, wenn noch weitere unbekannte Schätze in der Erde liegen. In den Notizen ist von einer Verwendung von 27 1/2 Doppelzentner Kali für das Defizit die Rede; aber nach den Gutachten von landwirtschaftlichen Autoritäten kann man höchstens 15 Doppelzentner auf das Defizit rechnen und Herr Schulz-Lupky spricht nur von 7 Doppelzentnern. Also der Verbrauch ist nicht so groß, wie man ihn berechnet. Die Verwendung des Kalinit wird bevorzugt, weil die Kalifabrikate zu hoch im Preise sind und auch zu hohe Frachten zahlen müssen. Die Wassergefahr ist für den Kalibergbau nicht so groß, da die Technik schon darauf eingerichtet hat. Man sollte den künstlichen Zustand beseitigen und recht recht viel der künstlichen Düngemittel exportieren.

Bei Abstimmung des Hauses wird Artikel III mit 147 gegen 142 Stimmen abgelehnt; ebenso werden die übrigen Artikel und Anträge ohne weitere Debatte verworfen.

Es liegt ein neuer Antrag der Abg. von Jedlig (fr.) und von Bodelberg vor, folgenden neuen Artikel einzufügen:

„Vom 1. Januar 1890 an werden die Verkaufsbedingungen und die Preise der in staatlichen Betrieben gewonnenen Kali- und Magnetsalze vom Staatsministerium unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der heimischen Landwirtschaft und Industrie festgesetzt.“

Die Betriebsverhältnisse, die Förderung und die Kosten der staatlichen Kali- und Magnetsalzebergwerke, sowie die Verkaufsbedingungen und die staatlich festgesetzten Preise sind alljährlich zur Kenntniss des Landtages zu bringen.“

Eine Debatte wird nicht beliebt. Hr. Graf Limburg-Stirum (L.) beantragt eine namentliche Abstimmung, um die im Reichstage befindlichen Abgeordneten und vielleicht auch sonst einige Schümige heranzuholen.

Der Antrag wird mit 174 gegen 153 Stimmen abgelehnt. Die Minderheit besteht aus den meisten Konservativen, einigen Freikonserwativen und Zentrummitgliedern.

Eine dritte Lesung der Vorlage findet nicht mehr statt, da alle Theile derselben abgelehnt sind.

Die Resolution zum hannoverschen Wegegesetz wird darauf ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen.

Schluß nach 2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Rechnungsvorlagen, Resolution zum hannoverschen Wegegesetz und erste Beratung der Kanalvorlage.)

Aus der Reichshauptstadt.

Berlin, 20. April 1894.

* Der Kaiser hat das vom Provinziallandtag von Ostpreußen angebotene Provinzialrecht, das im nächsten Herbst aus Anlaß der Krönung Sr. Majestät in Königsberg stattfinden sollte, mit Rücksicht auf den Druck der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse, der auf Ostpreußen ebenso wie auf den anderen Provinzen noch immer lastet, abgelehnt. — Wie dem Grund. Geislingen zufolge ist bestimmt verurteilt, wird der Kaiser schon am 3. oder 5. Mai in Potsdam zur Jagd eintreffen und beim Grafen Dohna Wohnung nehmen.

* Dem Justizminister v. Schelling wurden heute an seinem 70. Geburtstag zahlreiche Ehrungen zu Theil. Am Auftrage des Kaisers erziehen der Ober des Präsidiums v. Lucanus, um dem Minister als allerhöchsten Gnadenbeweis das Bild des Kaisers in der Garde du Corps-Uniform (den bekannten Stich nach Venbach) mit der eigenhändigen Unterschrift Sr. Majestät in solch einem Rahmen zu überreichen. Die Universität Berlin ernannte den Jubilar zum Ehren doktor beider Rechte und hatte den Geh. Rath v. Geisler mit der Ausbändigung des Diploms beauftragt. Die Universität Würzburg sandte die Erneuerung des philosophischen Doktordiploms, das der Minister vor annähernd 50 Jahren erworben. Der Reichskanzler Graf Caprivi, der Ministerpräsident Graf Culemburg, die Minister Dr. Boffe und General Bronsart v. Schellendorf, sowie der Oberbaurath Graf Culemburg hatten persönlich Glückwünsche ab, ebenso der bairische Gesandte v. Haemann, Frau Minister v. Büttcher und Tochter überbrachten kostbare Blumen. Für das Reichsjubiläum erschien Staatssekretär Nieberding, für das Kammergericht Präsident Dreymann und Oberstaatsanwalt Wähler. Der bayrische Ministerpräsident Freiberger v. Crailsheim und der bairische Minister v. Brauer und viele Andere sandten telegraphische Glückwünsche.

* Der Tod des Professors Ludwig Beckmann ist, wie die Nat. R. berichtet, durch einen Unglücksfall herbeigeführt worden. Am seinem 50. Geburtstag am 4. Februar d. J. hatten ihm seine Schüler einen Lorbeerkranz überreicht, den er an einer Wand seiner Wohnung befestigen wollte. Hierbei hatte er das Unglück, von der Treppe her zu stürzen und sich mehrere Rippen zu brechen. Die Fragmente drangen in den Körper ein und verletzten mehrere innere Organe. In den Folgen dieses Unfalles ist der Künstler nun nach zehnwöchigem Krankenlager gestorben.

v. Spurio verschwunden ist seit Sonntag in Friedenau ein vierzehnjähriger Knabe, der Sohn eines dort in der Kirchstraße 13 wohnhaften Banbauhalters Hennig. Er hat am Sonntag Nachmittag aus Furcht, weil ihn der Vater zur See bringen wollte, heimlich das Elternhaus verlassen und ist bis zur Stunde noch nicht zurückgekehrt.

*) Verhaftung in einem Gasthause. Am Montag Mittag lebte in einem Gasthause der Charlottenstraße eine etwa 25 Jahre alte Dame ein, die sich unter dem Namen Kartha Schmidt aus Anis in das Fremdenbuch eintrug. Eine halbe Stunde nach ihrem Eintreffen ging der Hausdiener des Hotels an dem Zimmer vorbei und hörte starkes Röcheln. Da die Thür verschlossen war und auf wiederholtes Klopfen nicht geöffnet wurde, wurde sie erbrochen. Die Fremde, die sich entsetzt hatte, lag brennend da. Auf dem Tische stand ein Glas mit einem Rest von Salzsäure, und es unterlag keinem Zweifel, daß die Dame davon in selbstmörderischer Absicht getrunken hatte. Auf ärztliche Anordnung wurde sie sofort nach der Charité gebracht, wo sie inzwischen trotz Anwendung von Gurgelmitteln gestorben ist. Der eingetragene Name scheint der richtige zu sein. Aus vorgetragenen Briefschaften läßt sich annehmen, daß die Fremde zu einer angesehenen Familie in Bunzlau in Beziehungen gestanden hat. Genauer ist darüber noch nicht bekannt; ebensowenig weiß man, aus welchem Grunde sich die Dame hier das Leben genommen hat.

*) Ueber den muthmaßlichen Mörder der Helene Schmeidel wird den B. N. noch inselndes berichtet: Theide hatte sich unter das um die Leiche seines Opfers versammelte Publikum gemischt, nicht bloß aus der den Verbrechern eigenen Gewohnheit, die Schaulust der Thät wieder aufzuwecken, sondern auch besonders aus dem Grunde, um die Meinungen der Beamten über die Maßnahmen zu hören, die zur Ermittlung des Mörders ergriffen werden sollten. Dabei muß er wohl die Beschreibung seiner eigenen Person gehört und nun den Entschluß gefaßt haben, sich schleunigst auf den Weg nach Bautzen zu machen. — Als er gestern Mittag nach Berlin übergeführt wurde, versuchten die ihn begleitenden Beamten unterwegs zur Erlangung eines Geständnisses auf ihn einzuwirken. Theide verlor aber die Kunde keinen Augenblick und entgegnete auf das Jurden der Beamten: „Es laufen ja noch so viele umher, warum soll gerade ich der Thäter sein? Ich begreife nicht, wozumegen man mich überhaupt verhaftet hat.“ — Das ermordete Frä. Schmeidel war, wie gemeldet, bei der Gattin des Herrn Hermann, Professor der Aktienbankerei Roabit, Wägenerin. Da alles, was die Verlogenswerthe betrifft, der Ermahnung werth ist, sei zunächst hervorzuheben, daß sie am Tage ihrer Ermordung gegen den ausdrücklichen Wunsch des Benannten um 10 Uhr Vormittag spazieren ging. Sie sollte erst um 1 Uhr Mittag ihrem Bediensteten noch frischer Luft genießen. Frau Hermann hörte das Kommen und Geben vieler Personen und da Fräulein Schmeidel, an die sie sich sehr attachirt hatte, fern blieb, fragte sie nach ihr. Es wurde der Verdacht zuerst geäußert, das Fräulein habe sich beim Abspringen von der Pferdebahn eine leichte Verletzung zugezogen. Die Aufregung

im Hause war aber zu groß, als daß Frau Hermann dies glauben mochte. Sie drang in ihren Gatten und da die Unruhe sie in einen Fieberzustand versetzte, erklärte ihr der Gatte, daß Frä. Schmeidel überfallen und leicht verletzt worden sei, in einigen Tagen werde ihre liebe Pflegerin wieder da sein. Der Schmerz, die Besorgnis waren aber bei Frau Hermann doch so tiefgehend, daß sie, wie die B. N. berichtet, vorgelesen verstanden ist.

* Die Verdringung der ermordeten Schwester Helene Schmeidel hat Donnerstag, Nachmittag 6 1/2 Uhr, in aller Stille auf dem Luisenkirchhof stattgefunden. Obgleich über die Zeit der Verdringung seitens der Kirchhofverwaltung das strengste Stillschweigen beobachtet worden war, hatten sich dennoch einige hundert Personen eingefunden, die vor dem Kirchhof aufgestellt waren, da dieser für das größere Publikum gesperrt worden war. Auch die Zahl der Theilnehmer an der Trauerfeier war eine kleine: etwa vierzig Personen nahmen daran theil, vorerst die Mutter der Ermordeten, die zwei Brüder derselben, einige entferntere Verwandte und 15 Schwestern des Verbandes der frommen Schwestern vom rothen Kreuz. Prediger Himmerer von der hiesigen Georgenkirche, früher in Remel, hielt die Leichenrede, der er den Psalm 103, Vers 17, zu Grunde legte: „Die Gnade aber des Herrn währet von Ewigkeit zu Ewigkeit über die, so ihn fürchten, und seine Gerechtigkeit auf Kinderkind.“ In tiefereisenden Worten legte er den Beruf der so grausam und Leben gekommenen dar, deren freudiges Wissen in aufopfernder Liebe ihrer Jahre er selbst zu beobachtener Gerechtigkeit hatte, gelegentlich ihrer Thätigkeit als Kinderpflegerin in Remel. — Alsdann wurde der mit großen Kränzen behangene Sarg hinausgetragen zur Gruft, die sich in unmittelbarer Nähe des Haupteingangs des Kirchhofes befindet. Auf Wunsch der Mutter war von anderen Zeremonien Abstand genommen worden, so daß nur der Heilige, Frä. Himmerer, am Grabe nochmals das Wort ergriff, um die letzten tröstlichen Worte der tiefgebeugten Mutter zuzusprechen. Der Sarg wurde herniedergelegt und nach einem „Vater unser“ und darauffolgendem stillen Gebet entfernten sich langsam die erkrankenen Leidtragenden, unter denen sich auch Dr. Robert Schmeidel, der Onkel der Ermordeten, befand. Erst dann wurde der Kirchhof für das weitere Publikum freigegeben und bald umhant die Gruft eine nach Taufden zahlende Menschenmenge, deren stille Geirüche immer wieder und wieder der Hoffnung Ausdruck gaben, daß es recht bald gelingen möchte, den ruchlosen Mörder der wohlverdienten Strafe zuzuführen.

Aus dem Reiche.

W.T.B. Breslau, 18. April. In dem Dorfe Siskinia bei Lehnitz, Oberschlesien, sind durch eine Feuerbrunst 28 Wohnhäuser, viele Scheunen und Stallungen in Asche gelegt worden. Vier Kinder fanden in den Flammen den Tod. Eine Anzahl Hundst ist verbrannt. Die Entschuldigursache des Brandes ist noch nicht aufgeklärt.

Stolz, 17. April. Der hiesige Bürgermeister hat im Angelegenheit der Stolper Zeitungen einen an die Damenwelt gerichteten Aufruf des Anhalts erlassen, daß die Damen bei Eintritt der wärmeren Jahreszeit das Tragen von Schleppkleidern namentlich auf den Promenaden möglichst vermeiden möchten, weil durch die den Staub und andere gesundheitsschädliche Stoffe ausströmenden Schleppen die Erholung der Spaziergänger auf den Spatziergängen erheblich beeinträchtigt wird.

Bad Reichenhall, 17. April. Die Stadt geht zur Zeit an die Ausführung des ihrem Ehrenbürger, dem Fürsten Bismarck, gewidmeten Monumentalbrunnens. Der Münchener Bildhauer Theodor Hof ist mit der Aufgabe betraut. Aufstellung und Eröffnung des Brunnens findet bestimmt im Laufe dieser Saison statt.

SS Hildesheim, 18. April. Auf dem Bahnhof Nordheimen hatte gestern Abend spät der katholische Diakon Rahm aus Gronau einen verkehrten Fuß bestritten. Als er seinen Irrthum bemerkte, sprang er aus dem Wagen, kam zu Fall und schlug mit dem Kopfe so heftig auf die Schienen, daß ein Schädelbruch entstand, der heute den Tod herbeiführte.

Mittenburg, 17. April. Im Bekinden des Prinzen Ernst hat ebenfalls besonders die Gefährlichkeit rascher Fortschritte gemacht; der Patient geht jetzt bereits mit öfteren Unterbrechungen an zwei Stellen umher. Da zudem während der letzten Tage durch Aufenthalt im Garten und regelmäßige Spazierfahrten ausdaueriger Genus der frischen Luft möglich war, dürfte sich Er. Hoheit bald so weit erholen haben, um zu einer Badekur in Wiesbaden die Reise antreten zu können.

n. Dortmund, 18. April. Dortmund ist, wie schon gemeldet, gefahren in die Reihe der Städte mit 100 000 Einwohnern getreten. Der 100 000. Bürger, der sich anmeldete, war ein jungesogenes Weimwirth. Dortmund zählte 1825 erst 6000, 1861 bereits 23 000, 1871 schon 44 000 und 1885 78 000 Einwohner.

W.T.B. Essen a. d. Ruhr, 19. April, Nachts. In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr brach, wie die „Reichs-Deutschlands Zeitung“ meldet, im Schachtgebäude der Kasse „Seinrich“ bei Ueberruhr Feuer aus. Das Dach ist niedergedrückt, die Maschinen sind sehr beschädigt. Die Ursache wird wahrscheinlich für einige Zeit zum Stillliegen kommen.

München, 18. April. In dem Ritte Mai auf dem Hofe der kaiserlichen Jubiläumsschicksalen der Militär-Schule sind nicht allein in den Offizieren der bayerischen Armee zahlreiche Anmeldungen eingelaufen, sondern es steht auch die Theilnahme von Abordnungen der preussischen und österreichischen Infanterie-Schule zu erwarten. Durch zahlreiche Anmeldungen von Ehrengebern seitens der Truppentheile und einzelner Kommandobehörden sind den Jubiläumern günstige Ausflüchte bezüglich der Erwerbung von Preisen eröffnet.

Vom Ausland.

* Die Reise der Kaiserin von Benedig nach Abbazia war, wie aus Abbazia gemeldet wird, sehr stürmisch; die See ging hoch und ein heftiger Strohlo hatte sich eingestellt. Die „Griffel“ konnte erst Vormittags 11 1/2 Uhr in Abbazia Anker werfen. Die Ausflüftung ging unter den größten Schwierigkeiten vor sich, da das Schiff von heftigen Wellen hin und her geschleudert wurde. Das Kurpublikum hatte sich zahlreich am Strande eingefunden und begrüßte die Kaiserin herzlich. Wegen des hohen Gergangs ist das Schiff „Kaiserin“ nach Trieste abgedampft.

Wien, 18. April. Meldungen der Blätter zufolge hat in Ungarisch-Gradiß (Währen) ein großer Brand viele Häuser eingeschert, darunter die Mädchenbürgerschule, ein Hotel und das Franziskanerkloster nebst der Kirche, deren Turm einstürzte. Da gerade der Jahrmakel abgehakt wurde, erreichte große Panik.

D.B.H. Budapest, 18. April. Der Brand in Ungarisch-Gradiß konnte heute gelöscht werden. Der entstandene Schaden wird auf mehr als 1/2 Millionen Gulden geschätzt. Die Rettungsarbeiten nahmen die äußerste Mühe in Anspruch; bei denselben kamen viele Verwundungen vor. Unter den Trümmern fand man zwei verlebte Leichen auf, man vermutet aber, daß noch mehr Menschenleben zu Grunde gegangen sind. Viele Familien haben nur das nackte Leben gerettet. Der Stadthalter ist bereits in Ungarisch-Gradiß eingetroffen, um eine Hilfsaktion in Szene zu setzen.

W.T.B. Krakau, 18. April, Nachts. Bei dem gestrigen Brande in Neu-Landec sind 133 Häuser, nahezu zwei Drittel der Stadt eingeschert worden. Die brennenden Holzstücke flogen infolge des heftigen Windes bis zu einem drei Kilometer entfernten Borwerk, welches total abgebrannt ist. Militär und Gendarmerie halten die Ordnung aufrecht und bewachen das gerettete Gut. Der Schaden wird bisher auf eine halbe Million Gulden geschätzt.

W.T.B. Barcelona, 18. April. Sechshundert weitere Pilger schiffen sich heute in Begleitung mehrerer Bischöfe nach Italien ein. Es herrscht vollständige Ruhe.

W.T.B. Rom, 18. April. Die spanischen Pilger wohnen heute der vom Papste in der St. Peterkirche gelehrten Messe bei. Nach Beendigung derselben verlas der Erzbischof von Sevilla eine Adresse. Der Papst beantwortete dieselbe, indem er eine Rede in spanischer Sprache vorlesen ließ. In dieser Erwiderungsrede wird dem spanischen Pilgerzuge unter allen Kundgebungen anlässlich des päpstlichen Jubiläums der erste Platz eingeräumt. Die Rede bespricht ferner die katholischen Traditionen Spaniens und spricht diesem Lande unbedingte Rücksicht zu den protestanten Prinzipien der Religion sowie Einheit, Eintracht und Unterwerfung unter die konstituierten Gewalten. Die Rede schloß mit lebhaften Ausdrücken des Lobes für Spanien. Der Papst ließ sich sodann in seiner sedes vacante durch die Neihen der Pilger tragen, welche ihn mit begeisterten Zurufen begrüßten. Der Empfang der Pilger verlief in voller Ordnung. Das Befinden des Papstes ist ein vorzügliches.

W.T.B. Badajoz, 18. April. Der Gesundheitszustand in Vissabon giebt zu Beunruhigungen Anlaß; seit mehreren Jahren herrscht eine Cholera-Epidemie, die sich weiter ausbreitet.

New-York. Die preisgekrönten Aussteller von Chicago werden sich, wie die N. Y. H. Z. bemerkt, des Besuchs der ihnen auf dem Pariser Vertriebenen Medaille noch lange nicht erwehren können; der Schatzkanzler hat nämlich nun auch die moralisch bedenklichen Figuren an den „verhöferten“ Entwürfen des Bildhauers August St. Gaudens als immer noch anständig verworfen. Dadurch wird eine neue Verzögerung in der Herstellung und Vertheilung der Medaillen verursacht.

Wissenschaft.

Im XXIII. Deutschen Chirurgen-Kongress, der augenblicklich in Berlin tagt, sprach Schimmelbusch, Berlin über experimentelle Untersuchungen der Wundinfektion. Die Untersuchungen wurden unternommen, um festzustellen, mit welcher Schnelligkeit die Erreger im Blute fortpflanzen. Als Objecte dienten meist Mäuse und Kaninchen. Die Beobachtungen zeigten, daß das Blut mit erstaunlicher Schnelligkeit Bakterien aufnimmt. Bei Mäusen, die am Schwanz mit Milzbrandbakterien geimpft wurden, zeigte sich der Erreger schon nach 4-5 Stunden, ja selbst in einer halben Stunde in Lunge, Leber, Niere und Milz. In den besten Ergebnissen gelangte man, wenn man die Organe möglichst bald nach der Infektion herausnahm. So wurden bei späteren Beobachtungen die verschiedensten Erreger in den meisten Fällen (90 pCt.) bereits 5-10 Minuten nach der Infektion in Lunge, Leber, Niere und Milz wiedergefunden. Bei Mäusen, denen die Lunge auf eine offene Wunde gestrichen wurde, zeigten sich die Bakterien in feiner Vertheilung nach 12-24 Stunden in allen Organen. Bei Brand- und Wundwunden treten die Bakterien nicht in die Blutcirculation ein. Die Gefahr der Infektion vermindert sich auch mit dem Alter der Wunde und im Stadium der Granulation. Selbst bei blutigen, frischen Wunden ist die Infektionsgefahr nicht allzupro, wenn die Wunde glatt ist, da der Infektionsstoff nur an unebenen Wunden gut haftet. Zur Föderung eines Kaninchens war Infektion mit 1 ebem Bouillonkultur, enthaltend 1500 Millionen Staphylococcus notwendig. Zur Verheilung eines Menschen bedarf es der 60-70fachen Menge, also etwa 15 Milliarden Staphylococcus. Interessant ist die Thatsache, daß Pferde, Kühe und andere Hausthiere von anderen Erregern befallen werden als der Mensch und daß auch bei den verschiedenen Hausthierarten verschiedene Erreger in Betracht kommen. Untersuchungen wurden auch angestellt über das Wachstum der Bakterien-Kolonien im lebenden und todtten Körper. Man impfte zunächst die lebende Hornhaut eines Kaninchens mit einer infektiösen Mabe und fand, daß die Bakterien sich strahlenförmig von der Wunde aus in den benannten „Blitzstrahlen“ weiterverbreiteten. An der todtten Hornhaut griffen die Kolonien dagegen in kumpenförmiger Weise an sich. Zum Schluß berichtete Rehnert-München über experimentelle Studien bei der Wundbehandlung infizierter Wunden. Referent ist entschiedener Verehrer der antiseptischen Behandlung. Er stellte eine Reihe von Versuchen an Kaninchen an, die folgende Ergebnisse lieferten: Die oberflächlich behandelten Infektionswunden hatten den Tod der Thiere zur Folge, der innerhalb 8-14 Tagen an progredienter (fortschreitender) Vereiterung eintrat. Die antiseptisch behandelten Kaninchen genasen dagegen bis auf eines. Von dem radikalsten Virpitem wird behauptet, daß das Karbol das Gewebe schädigt. Hermann in Paris hat in dieser Hinsicht vor 2 Jahren sehr interessante Untersuchungen angestellt. Er machte bei Kaninchen 3prozentige Karbolimpfungen unter der Haut und impfte die Thiere sodann nach einer Stunde mit 1 Rcem. einer Reinkultur von Staphylococcus albus.

Während nun ohne vorstige Anwendung der Karbol-Einimpfung mit 1 Rcem. Reinkultur, also mit dem Neinstadium des oben-erwähnten Erregers infiziert werden mußte, um die Thiere zu tödten, gingen dieselben jetzt schon bei der geringen Dosis zu Grunde. Hermann zieht hieraus den Schluß, daß vor der Anwendung der Karbolsäure gewarnt werden muß, weil dieselbe zur Eiterung prädestinirt. Rehnert machte nun denselben Versuch, nur daß er statt des Karboles eine 1/2 prozentige sterile Kochsalzlösung zur Anwendung brachte. Das Ergebnis war dasselbe wie bei der Infektion mit Karbolsäure und das Kontrollthier zeigte auch in diesem Fall keine Vereiterung der infizierten Wunde. Das Karbol an und für sich kann also nicht als schädlich bezeichnet werden, sondern die Durchdringung des Gewebes mit Flüssigkeiten überhaupt prädestinirt zur Eiterung. Es muß deshalb das Karbol auch weiterhin empfohlen werden, da es in Verbindung mit dem Erreger gebracht den letztern absolut tödtet. — Gegen 4 1/2 Uhr fand im Wintergarten des Central-Hotels eine Vorführung des Domeschen Panzeres statt. Der Panzer wurde an Herrn Heinrich Domes selbst und einem lebenden Pferde mit dem neuen Militärgepäck erprobt. Wie wir erfahren, hat der General von der Militärverwaltung in Spandau eine Aufforderung erhalten, den Panzer in Spandau vorzuführen. Herr Domes wird dieser Aufforderung Folge leisten.

Gerichtliches.

Daß das Baden von Glücksspielen seitens eines Gasmischers unter allen Umständen die Entziehung der Konzession zum Betriebe des Schankwesens zur Folge haben muß, ist eine Ansicht, welche in einem geseit vor dem Bezirksauschusse verhandelten Falle mit Erfolg bekämpft worden ist. Der Restaurateur B. in der Landwehrstraße ist vom Berliner Schöffengericht zu einer höheren Geldstrafe verurtheilt worden, weil festgestellt worden war, daß in seinem Lokale im vergangenen Jahre mindestens viermal Glücksspiele um Geld stattgefunden hatten und er davon Kenntnis gehabt haben mußte. Infolge dessen beantragte das Polizeipräsidium die Entziehung der Konzession auf Grund der einschlägigen Bestimmungen des Gewerbeordnung. Rechtsanwalt Dr. Haase erhob hiergegen Einspruch und führte aus, daß im vorliegenden Falle die gesetzlichen Voraussetzungen zur Entziehung der Konzession nicht gegeben seien. Die betreffende Bestimmung der Gewerbeordnung verlange nämlich, daß Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß B. sein Gewerbe in Zukunft zur Förderung des verbotenen Spiels mißbrauchen werde. Dies sei durch die bloße Thatsache, daß in dem Lokale viermal gespielt sei, nicht hinlänglich bewiesen, zumal B. behauptete, daß zunächst nur um die Juche und später erst um Geld gespielt worden sei. Die Wahrscheinlichkeit der Konzessions-Entziehung sei für den davon Betroffenen so schwerwiegend, daß sie nicht ohne Entschädigung nur von der Thatsache des stattgefundenen Spiels abhängig gemacht werden dürfe, daß vielmehr unter Berücksichtigung der ganzen Sachlage festgestellt werden müsse, ob von dem betreffenden Gewerbetreibenden zu erwarten sei, er werde in Zukunft sein Gewerbe zur Förderung des Spiels mißbrauchen. Der Bezirksauschusse schloß sich dieser Auffassung an und entschied dahin, daß unter Nichtanlegung der gerichtlichen Kosten und unter Erstattung der notwendigen Auslagen des Beklagten die Klage des Polizeipräsidiums abzuweisen sei.

Bermischtes.

Roman einer fürstlichen Familie. Zu der jüngst aus Regensburg gemeldeten Verheiratung des österreichischen Erbprinzen v. Thronfolger an den Prinzessin Rudolf v. Thurn und Taxis erhält das N. Y. Z. folgende aus Philippopel nachfolgenden Notizen: Es war in der Mitte der sechziger Jahre, da erregte die Entschloß des damals im blühenden Alter stehenden Kaisers, ein bürgerliches Mädchen (Jenny Ständer, geb. v. Prag) heirathen zu lassen, in den beliebtesten Kreisen das größte Aufsehen. Alle Mittel wurden angewandt, um den jungen Prinzen von Thurn und Taxis von seinem Vorhaben abzuhalten, doch keins derer vermochte die Trauung zu vereiteln, die bald darauf in Wien erfolgte und nicht bios in Regensburg, dem Stammsitze der fürstlichen Familie, sondern auch anderwärts höchlich überaus feierte. Inzwischen, die handelnden Personen derselben, der energische Kaiser und seine reizende junge Gemahlin, wollten nicht mehr im Schicksale der Wiener Residenz verweilen, sie waren abgereist und Niemand wagte um ihren Aufenthalt. Da nahm in der ja jener Zeit noch ganz orientalischen Hauptstadt von Rumelien, in dem städtischen Philippopel, ein fremdes Paar Wohnung. Der Mann hatte vornehmliche Auren, die Frau war bezugsnehmend schön, schwermüthig und reservirt. Sie lebten nur für sich, verlebten gar nicht in der Gesellschaft und unterhielten einzig und allein zu dem Gouverneur Niko Pascha intime Beziehungen. Die wenigen Ausländer, die sich damals an den Ufern der Maritza aufhielten, erfuhren nicht mehr, als daß der Fremde sich Rudolf Taxis nenne und Adokat sei. Das schien der Wahrheit vollkum zu entsprechen; denn kaum war ein Jahr verfloßen, so beherrschte der Ankömmling bereits meisterhaft die bulgarische und türkische Sprache und erzielte sich einer überaus ausgedehnten Klientel. Fleiß und Ehrlichkeit führten ihn zu einem großen Erfolg; sein Vermögen wuchs und bald konnte er in der Djumajogasse ein kostbarliches Gebäude erwerben. Glück und Friede umgaben die Familie, zu der nun auch zwei Kinder, ein Knabe und ein Mädchen, zählten. Das Haus des Adokaten Taxis, der späterhin ein Standesamt annahm und Generalprokurator wurde — er bekleidete diese Stellung bis zum Ausbruch der bulgarischen Revolution im Herbst des Jahres 1885 — blieb fürderhin nicht mehr leer von Besuchern, da die gesamte Intelligenz der Hauptstadt es zum Sammelplatze einer vornehmen Gesellschaft wählte. So gingen die stillen Tage dahin, die Kinder wuchsen heran. Der Sohn verließ das Elternhaus und wurde Offizier in der russischen Armee. Bei den Eltern aber verblieb ihre Tochter, eine holde Mädchenblüthe, die von den Armen der Stadt wegen ihrer Edelherzigkeit verehrt wurde. Und nun nimmt das letzte Kapitel seinen Anfang. Im Jahre 1891 bereiste ein junger österreichischer Kavallerist, der Großsohn eines der ersten Adelsgeschlechter des Reiches, Ostumweilen und ein Zufall führte es, daß er in Philippopel das schöne Mädchen auf der Straße sah. Die liebliche Erinnerung machte auf ihn einen unauflöschlichen Eindruck. Er näherte sich dem Eltern der Angebeteten, mit sich eins darüber, daß er dieses Kind aus bürgerlichem Hause für sich zur Frau begehren werde. Er bot um die Hand der Tochter des Adokaten Taxis und der Prinz Rudolf Thurn und Taxis, der hier einem

begegnete, den er selbst in seiner Jugend hochhielt, legt er der Hand der Brautjungfer in jene des fürstlichen Brautigams. Was noch folgt, sind Vorbereitungen zur Vermählung. Der Brautgarn war es, welcher die exilire Familie veranlaßte, in die böhmische Heimath zurückzuführen; er betrieb, um jedes Hindernis aus dem Wege zu schaffen, die Ausöhnung zwischen dem gegenwärtigen Landesherren Fürsten Albert in Regensburg und dem Prinzen Rudolf. Diefelbe ist unter den bekannt gemordenen Modalitäten bewilligt worden.

Die Gesamt-Zahl der im Deutschen Reichspostgebiet eingegangenen Briefsendungen hat im vorigen Jahre, laut amtlicher Mittheilung, 1 682 530 290, die der ausgehenden Briefsendungen 1 707 815 430 betragen. Auf den Einwohner entfallen demnach durchschnittlich 40,3 eingegangene und 40,9 ausgegebene Briefsendungen. An der Spitze der 40 Oberpostdirektionsbezirke marschirt der Bezirk Berlin mit 207 495 990 eingegangenen (11,4 auf den Einwohner) und 227 270 430 ausgegebenen (12,0 auf den Einwohner) Briefsendungen.

Wer giebt? Unter den neuesten Anmeldungen beim Reichspatentamt befindet sich eine dem Herrn W. Bartels in Hamburg zu dankende Vorrichtung, bestimmt, viel Streit und Haber aus der Welt zu schaffen. Statistiker wissen, daß keine Frage mehr geeignet ist, die Spieler zu entzweien, als die „Wer giebt?“ Hinfest ist kein Zweifel mehr erlaubt! Beim Aufschreiben des Spielergebnisses befindet sich die Schreibunterlage auf einer geneigt aufgestellten federnden Platte, deren beim Schreiben unverfälschtes Herunterdrücken genügt, einen von drei auf einer horizontalen Welle angeordneten, peripherisch gekrümmten Rollen in Drehung zu versetzen, wodurch der entsprechende Nummer-Spieler 1, 2 oder 3 gehoben und so lange in dieser Stellung gehalten wird, bis er bei der nächsten Bewegung freigegeben wird. Es giebt doch noch Wohlthäter der Menschheit!

Markt- und Börzenberichte.

Marktpreise von Berlin, 18. April 1894. (Nach Ermittlungen des Königl. Polizei-Präsidiums.) Für Weizen, gute Sorte Nr. 14,80 bis 14,40, mittel Nr. 14,30 bis 14,00, geringe Nr. 13,90 bis 13,60, Roggen, gute Sorte Nr. 12,40 bis 12,20, mittel Nr. 12,10 bis 11,90, geringe Nr. 11,80 bis 11,60, Gerste, gute Sorte Nr. 18,00 bis 16,80, mittel Nr. 16,70 bis 15,80, geringe Nr. 15,50 bis 14,40, Hafer, gute Sorte Nr. 17,80 bis 16,30, mittel Nr. 16,20 bis 14,80, geringe Nr. 14,70 bis 13,20, Haferstroh Nr. 6,58 bis 5,90, Heu Nr. 10,00 bis 7,00, Erbsen, gelbe, zum Kochen Nr. 40,00 bis 24,00, Spritzbohnen, weiße Nr. 50,00 bis 20,00, Linen Nr. 70,00 bis 30,00, Kartoffeln Nr. 6,00 bis 4,00, Alles per 100 Kg. Rindfleisch von der Rente Nr. 1,60 bis 1,20, Kalbfleisch, Raubfleisch Nr. 1,30 bis 0,90, Schmalz Nr. 1,60 bis 1,00, Kalbfleisch Nr. 1,60 bis 0,90, Hammelfleisch Nr. 1,40 bis 0,80, Butter Nr. 2,80 bis 2,00, Alles per 1 Kgr. Eier Nr. 4,00 bis 1,80 per 60 Stück. Karpfen Nr. 2,40 bis 1,00, Nale Nr. 2,80 bis 1,20, Janber Nr. 2,60 bis 1,00, Hechte Nr. 1,80 bis 0,80, Baride Nr. 1,60 bis 0,60, Schlei Nr. 2,60 bis 1,20, Bleie Nr. 1,60 bis 0,60, Alles per 1 Kgr. Krebse Nr. 12,00 bis 2,00 per 60 Stück.

Berlin, 18. April. Städt. Schlachthofmarkt. Amf. Bericht der Direktion. Junge Verkauf fanden 138 Küber, 1904 Schweine (633 Bafonier), 2460 Kälber, 1333 Hammel. Der Antrieb wurde zu unveränderten Preisen bis auf wenige Stücke geräumt. Der Schweinemarkt verlief gedrückt und schleppend, wird in unläßlicher Waare aber geräumt. 1. 52, ausgelegte Polier darüber. II. 48-49, III. 44-47 Nr. per 100 Pfund mit 20 pCt. Tara. In Bafonier bleibt etwa Ueberhang 42-48 Nr. pro 100 Pfd. mit 50 - 55 Pfund Tara pro Stück. — Der Kalberhandel gezielte sich bei dem reichlich angebotenen Angebot ebenfalls schleppend. I. 57-63, ausgelegte Waare darüber; II. 41 - 51, III. 30-40 Pf. pro Pfund Fleischgewicht. — Am Hammelmarkt wurde reichlich die Käufe des Kauftriebs zu unveränderten Preisen abgefeht.

Berliner Börse vom 19. April 1894.

Deutsche Fonds u. Staatspapiere.		Ausländische Fonds.	
Deutsche Reichs-Anl. 4	108,10 B	Russl. Goldanleihe 5	49,20 B
do. do. 3 1/2	101,60 B G	Chinesische Anleihe 5 1/2	105,20 B D
do. do. 3	88,90 G	Ägyptische Anleihe 4	—
Preuß. Anst. Anl. 4	108,10 B	Russl. Anl. Ser. Anl. 4	—
do. do. 3 1/2	101,75 B G	Russl. Anl. 1881-84	58,50 B G
do. do. 3	87,90 B G	do. do. 1890	33,50 G
do. Staatsanleihe 3 1/2	100,10 G	Griech. Anleihe 5	27,40 B G
Staats-Anl. 1868	101,00 B	Griech. Anleihe 3 1/2	35,25 B
Preuss. Anleihe 3 1/2	98,30	Italienische Rente 5	76,25 B
do. do. 3	87,90 B G	do. do. 3 1/2	76,25 B
Preuss. Anst. Anl. 4	108,10 B	Preuss. St. Anl. 1880	61,00 B G
do. do. 3 1/2	101,75 B G	Preuss. St. Anl. 1885	46,75 B
do. do. 3	87,90 B G	do. do. 1890	67,20 B
do. Staatsanleihe 3 1/2	100,10 G	do. do. 1895	64,40
Staats-Anl. 1868	101,00 B	Preuss. Anl. 1888-89	32,40 B
Preuss. Anleihe 3 1/2	98,30	do. do. 1890	104,00 B
do. do. 3	87,90 B G	do. do. 1895	102,50 B
Preuss. Anst. Anl. 4	108,10 B	Russl. Anl. 1891	49,20 B G
do. do. 3 1/2	101,75 B G	Preuss. Anl. 1892	—
do. do. 3	87,90 B G	Preuss. Anl. 1893	—
do. Staatsanleihe 3 1/2	100,10 G	Preuss. Anl. 1894	100,25 B

Quelle: N. Y. Z. 18. April 1894.

Concert-Gesellschaft Aue.

Dienstag den 24. April a. c. Abend 8 Uhr im Hotel zum blauen Engel (rothes Zimmer)

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Rechnungs-Abgabe.
2. Eingegangene Anträge.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Wahl von 2 Rechnungs-Revisoren.
5. Wahl von 4 Mitgliedern zum Ehrengericht.

Der Vorstand.



Königl. Sächs. Militärverein Aue.
Zur Vorseier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs
unseres erhabenen Protector's findet

Sonntag, den 22. April a. c.

von abends 8 Uhr an

patriotisches Concert, Festrede,
sowie theatrale Aufführungen, dem sich ein Tanzchen anschließt,
im Saale des „Hotels blauer Engel“
hier, statt. Mitgli oder ohne Vereinszeichen haben keinen Zutritt.
Einer regen Theilnehmung seitens der Kameraden entgegengehend, grüßt Kameradschafts-
licht
Der Gesamtvorstand.

Wir suchen

für einen jungen Menschen, der Mitte Mai als Lehrling
in ein dortiges Etablissement eintritt, ein freudl. Logis mit voll-
ständiger Beköstigung und erbitten gefl. Offerten nebst Preisangabe
unter N. E. 100 Postl. Neustadt i. S.

Hochst., halbst.
und niedrige **Rosen**
noch nicht angetrieben aus den Einschläg.
Unübertroffen **Prachtwaare!** schön!

in den feinsten Thee-, Remontant-, Noisette- und Bourbon-Rosen.

1	Sortiment von 10 Hochstämmlen	Mark 12.50
1	" " 10 Halbstämmlen	" 10.00
1	" " 10 Niedr. Wurzel- halbveredlungen	" 5.00

Georginen (Dahlien)
in den allerfeinsten Köstlicher Prachtorten zu billigsten Preisen.
10 Stück Mark 3.00, 25 Stück Mark 7.00, 50 Stück Mark 12.50.
Versandt erfolgt umgehend.

A. Bersch, Baumschulen Köstlich i. Thür.
Cataloge gratis und franco.

Ziehung schon nächste Woche!

Grosse Prämienverloosung!

Nur Original-Loose werden gegen vorherige Einsendung des Betrages
oder gegen Nachnahme prompt versandt.
Seltene Gewinnchancen! Geringer Einsatz!
Man biete dem Glücke die Hand!

Hauptgewinn ev. 500,000 Mk. baares Geld!

Im Ganzen kommen in wenigen Monaten in Verloosung!
ca. 10 Millionen Mark.

Nur Gewinne werden gezogen und zwar:

1	Gewinn von ev. 500 000	Mark - 500 000	Mark
1	Prämie von 300 000	" - 300 000	"
1	Gewinn von 200 000	" - 200 000	"
1	" " 100 000	" - 100 000	"
1	" " 80 000	" - 80 000	"
2	" " 60 000	" - 120 000	"
1	" " 50 000	" - 50 000	"

65 000 Loose. u. s. w. 32 600 Gewinne.
Mehr als die Hälfte gewinnen.
1 ganzes Original-Glück-Loos 1 und 2. Ziehung kostet 34 Mk., 1/2 17 Mk.,
1/4 9 Mk., 1/8 nur 4,50 Mark.

Bekanntes Glückscollece **A. Gerloff, Nauen bei Berlin.**
Gewinne werden sofort ausbezahlt, sowie Erneuerungs-Loose und Gewinnlisten acht Tage
nach Schluss einer jeden Ziehung ausgesandt. Porto 10 Pfg., jede Liste 15 Pfg.
Niemand versäume sich zu dieser grossen Geldlotterie, welche vom Staate garantiert ist,
ein vom Staate ausgegebenes Glück-Loos senden zu lassen.

Eine freundliche **Stube**
mit Kammer sofort zu vermieten.

Aue-N.
Mittelstraße 48 X.

Einen tüchtigen

Tischlergehilfen

sucht sofort für dauernde Beschäftigung
G. Friedrich, Wodau.

Die Verpachtung

der vorm. Seing'schen Wiese auf 1 Jahr und die der Sohlbrunn-
wiese in Köhniger Flur auf 3 Jahre soll
Dienstag, den 24. April vorm. 1/2 12 Uhr im
Gemeindeamt Zelle

stattfinden.



Dampf-Kessel

Döbeln 1893
Silberne
Staatsmedaille.

bis zu 250 qum. Heizfläche und für jeden Ueber-
druck, sowie alle vorkommenden Kesselschmiedearbeiten
liefern als Specialität in vorzüglichster Ausführung.

Carl Sulzberger & Co.,
Flöha-Sachsen.

Seit 1874 wurden bereits 1520 Stück Dampfessel und
2600 andere Kesselschmiedestücke zur Ablieferung gebracht!
Anlage für **Hydraulische Nietung** befindet sich in Errichtung.

Reinwollene

Damen-Kleiderstoffe,

jederzeit Neuheiten, Jacquards in allen Farben von 85 Pfg. das Meter an; alle anderen
Artikel zu Fabrik-Preisen. Versand an Private geg. Kassa oder Nachn. Reichhalt. Muster-
Kollektion franco.

Hermann Baumzeitl,
Wollen-Weberei, Greiz i. S.

Aue, Clemens Hammer, Aue,
Markt 30. **Special-Geschäft**
der
Putz- und Damenhut-Branche.
Billigste Einkaufsquelle
von
fertigen Damen- und Mädchen-Hüten, Strohhutfacon's, Blu-
men, Federn, Nadeln, Bändern, Spitzen u. dergl. mehr!
Alles in größter und schönster Auswahl!
Ferner empfehle:
Herren- und Knaben-Stroh-Hüte
Stück von 60 Pfennig an!
Bestfortirtes Lager am Platze!
Modernisirung schnellstens.

Clemens Hammer,
Aue.
Vom 1. Mai ab:
Bahnhofstrasse (Becherhaus!)

Ballschuhe
Hausschuhe
Kinderschuhe bis zu 6 Jahren passend,
ebenso Pantoffeln werden billigt ausver-
kauft bei
R. PELZ,
Bahnhofstraße.

Ein Zweirad (niedrig)

gegen Cassé zu kaufen gesucht. Offerten un-
ter H. 100 an d. Exped. d. Bl.

Bei mäßigen Ansprüchen sucht junger Mann,
mit der Feder bewandert, Stellung auf
Contor wenn möglich in der Eisenbranche.
Offerten u. L. K. in d. Exped. d. Bl.